



Willkommenskultur in Krisenzeiten

Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung
zu Migration und Integration in Deutschland

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
2024

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh
bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Ulrike Wieland, Senior Expert
Demokratie und Zusammenhalt
E-Mail: ulrike.wieland@bertelsmann-stiftung.de

Datenerhebung

Verian

Zitationshinweis

Wieland, Ulrike (2024): Willkommenskultur in Krisenzeiten.
Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung
zu Migration und Integration in Deutschland.
Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Lektorat

Paul Kaltefleiter, nipp & nau

Layout und Datenvisualisierung

werkzwei Detmold

Bildnachweis

babaroga, IgorVitimirov - stock.adobe.com

DOI [10.11586/2024022](https://doi.org/10.11586/2024022)

Willkommenskultur in Krisenzeiten

Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung
zu Migration und Integration in Deutschland

von Ulrike Wieland

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	Einschätzungen zur Zuwanderung: Trend 2012–2023	13
ABBILDUNG 2	Wie werden Einwanderer und Flüchtlinge willkommen geheißen?	14
ABBILDUNG 3	Wie werden Einwanderer willkommen geheißen? Vergleich 2017–2023	14
ABBILDUNG 4	Wie werden Flüchtlinge willkommen geheißen? Vergleich 2017–2023	15
ABBILDUNG 5	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen	16
ABBILDUNG 6	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Trend 2015–2023	17
ABBILDUNG 7	Hindernisse bei der Integration	18
ABBILDUNG 8	Hindernisse bei der Integration: Vergleich 2011–2023	19
ABBILDUNG 9	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung	20
ABBILDUNG 10	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich 2012–2023	21
ABBILDUNG 11	Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte	21
ABBILDUNG 12	Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: Trend 2012–2023	22
ABBILDUNG 13	Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten: Vergleich 2012–2023	23
ABBILDUNG 14	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich West-/Ostdeutschland 2012–2023	25
ABBILDUNG 15	Wie werden Flüchtlinge von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen? Vergleich West-/Ostdeutschland	26
ABBILDUNG 16	Ablehnung der Aufnahme von mehr Flüchtlingen: Vergleich West-/Ostdeutschland 2017–2023	27
ABBILDUNG 17	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Alle Befragten/Befragte bis 29 Jahre	28
ABBILDUNG 18	Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten: Vergleich Altersgruppen	29
ABBILDUNG 19	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Bildungsgruppen	30
ABBILDUNG 20	Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich Bildungsgruppen	31
ABBILDUNG 21	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich Männer/Frauen	32
ABBILDUNG 22	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Befragte mit/ohne Migrationshintergrund	33
ABBILDUNG 23	Hindernisse bei der Integration: Vergleich Befragte mit/ohne Migrationshintergrund	33
Studiensteckbrief Willkommenskultur 2023		39

Inhalt

1 Einleitung: Willkommenskultur zwischen Fachkräftemangel und Asyldebatte	6
2 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick	9
3 Wie blickt die Bevölkerung auf Migration und inwieweit wird eine Willkommenskultur bei Kommunen und Bevölkerung wahrgenommen?	12
3.1 Skeptische Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung gewinnen in Krisenzeiten an Gewicht	12
3.2 Eine Mehrheit nimmt weiterhin eine willkommen heißende Haltung von Kommunen und Bevölkerung gegenüber zugewanderten Menschen wahr	13
3.3 Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist deutlich gesunken, aber nur eine Minderheit lehnt die Integration von Flüchtlingen in Deutschland ab	15
4 Wie blickt die Bevölkerung auf Integration, Teilhabe und Anerkennung in der Einwanderungsgesellschaft?	18
4.1 Die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Integration wird weiterhin als hoch eingeschätzt	18
4.2 Handlungsbedarf gegen Benachteiligung wird vorrangig beim Thema „Wohnungssuche“, aber vermehrt auch im Kontext „Schule“ gesehen	20
4.3 Eine angemessene Repräsentanz von Personen mit Migrationsgeschichte wird weiterhin am häufigsten in Kultur und Medien wahrgenommen	21
4.4 Die Wahrnehmung der Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten verharrt unverändert auf einem mittleren Niveau	22
5 Welche Faktoren beeinflussen die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung?	24
5.1 Faktor Region: Ostdeutsche sind skeptischer gegenüber Zuwanderung, aber auch in Westdeutschland sind die Vorbehalte gewachsen	24
5.2 Faktor Alter: Junge Menschen blicken positiver auf Zuwanderung und nehmen häufiger Diskriminierung sowie mangelnde Wertschätzung wahr	27
5.3 Faktor Bildung: Höhergebildete nehmen häufiger Vorteile von Zuwanderung wahr und sind eher zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen bereit	29
5.4 Faktor Geschlecht: Frauen sehen häufiger Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Benachteiligung	31
5.5 Faktor Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund nehmen öfter wirtschaftliche Vorteile von Zuwanderung wahr und sehen häufiger ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt	32
6 Fazit: Die gegenüber Zuwanderung ambivalente Bevölkerung neigt in Krisenzeiten zu stärkerer Skepsis	35
7 Empfehlungen: Offenheit für Zuwanderung braucht effektive Migrationssteuerung und mehr Investitionen in ein gelingendes Zusammenleben	37
Anhang	39
Literatur	40

1 | Einleitung: Willkommenskultur zwischen Fachkräftemangel und Asyldebatte

Seit 2012 untersucht die Bertelsmann Stiftung regelmäßig Wahrnehmungen und Einstellungen zu Migration und Integration in Deutschland. Die repräsentativen Bevölkerungsumfragen zur Willkommenskultur ermöglichen eine Beobachtung der Wahrnehmungen und Einstellungen über einen längeren Zeitraum, in dem sich der gesellschaftliche Kontext immer wieder gewandelt hat.

In Anlehnung an Heckmann (2012) lässt sich eine Willkommenskultur anhand folgender Aspekte charakterisieren:

- Es existiert eine Haltung der Offenheit gegenüber Zuwanderung und Zugewanderten,
- es herrscht ein beidseitiges Integrationsverständnis, das heißt, Integration wird nicht als „Einbahnstraße“ verstanden,
- die gelebten Praktiken beseitigen Barrieren für Integration und Teilhabe und
- es gibt ein Bewusstsein für Diskriminierung und eine Bereitschaft, etwas dagegen zu unternehmen.

Eine so verstandene Willkommenskultur lässt sich auf die Gesamtgesellschaft (z. B. öffentlicher, medialer und politischer Diskurs), auf Institutionen (z. B. Betriebe, Schulen, Verwaltungen) sowie auch auf Individuen, also auf die Haltung von Einzelpersonen, beziehen.

Im Verlauf der Jahre haben sich nicht nur die Wahrnehmungen und Einstellungen der Befragten bezüglich Zuwanderung immer wieder verändert, auch das Verständnis des Anwendungsbereichs für die Willkommenskultur hat sich gewandelt bzw. erweitert. Zunächst wurde der Begriff vor allem im Kontext der Gewinnung ausländischer Fachkräfte verwendet. Ab 2015 wurde „Willkommenskultur“ dann zum Schlagwort im Zusammenhang mit der großen Aufnahmebereitschaft gegenüber den syrischen Kriegsflüchtlingen. Seitdem hat sich der Begriff in der

Breite etabliert und wurde in beiden Zusammenhängen weiter aufgegriffen, das heißt sowohl im Rahmen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels als auch im Kontext der erneut sehr ausgeprägten Hilfsbereitschaft gegenüber der großen Zahl Geflüchteter aus der Ukraine.

Gleichwohl geraten der Begriff und die mit ihm verbundenen Ideen im Zeitverlauf auch immer wieder unter Druck. Die zunächst so positive und hilfsbereite Stimmung gegenüber den Flüchtlingen 2015 wandelte sich nach einiger Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung zu dem verbreiteten Eindruck, man habe es mit einer „Flüchtlingskrise“ zu tun. Diese Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung dürfte nicht unwesentlich mit einem Wandel in der medialen Berichterstattung zu tun haben: Eine Medienanalyse im Zeitraum von Mai 2015 bis Januar 2016 zeichnet diese Veränderung nach und zeigt, wie sich der zunächst sehr positive Tenor der Medienberichte innerhalb weniger Monate verschoben hat und die Medienberichte schließlich deutlich negativer ausfielen (vgl. Maurer et al. 2021: 5 f.). Dies bedeutete für die Willkommenskultur einen „Stresstest“ (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017), wenngleich das zivilgesellschaftliche Engagement für die Flüchtlinge vielerorts anhielt. Allmählich folgte gesamtgesellschaftlich wieder eine Phase der Entspannung, während der die Bereitschaft in der Bevölkerung, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, erneut zunahm (vgl. Kösemen/Wieland 2022). Im Kontext des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine seit Februar 2022 lebte die Willkommenskultur in Deutschland gegenüber den zahlreichen ukrainischen Flüchtlingen von Neuem auf. Nach der Aufnahme von über einer Million Ukrainer:innen und den 2023 zusätzlich stark gestiegenen Zahlen Asylsuchender aus anderen Weltregionen zeigte die Gesellschaft jedoch schließlich wieder Anzeichen von Erschöpfung, was vor allem

in den Hilferufen von Kommunen seit Jahresbeginn 2023 zum Ausdruck kam (vgl. ZEIT ONLINE 2023b). Die Aktionen des propalästinensischen Netzwerks „Samidoun“ nach dem Hamas-Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 und die zum Teil antisemitischen Demonstrationen in vielen deutschen Städten in Reaktion auf die israelische Gegenoffensive lenkten die Aufmerksamkeit zusätzlich auf mögliche Konfliktpotenziale in einer von Migration geprägten Gesellschaft.

So treffen Ideen und Praktiken einer Willkommenskultur heute auf eine komplexe gesellschaftliche und politische Situation, in der eine jüngst gestiegene Krisenwahrnehmung im Zusammenhang mit (Flucht-) Migration (vgl. Wagschal/Jäckle 2023) und innergesellschaftlichen Spannungen einerseits und ein anhaltender Fachkräftemangel, der Zuwanderung erfordert (vgl. Abbate 2023), andererseits nebeneinanderstehen. Dies führt zu einer paradoxen Gleichzeitigkeit von Bestrebungen zur „Schließung“ und zur „Öffnung“ im migrationspolitischen Diskurs, wobei erstere zurzeit die politischen Debatten dominieren. Die Lage zeichnet sich dadurch aus, dass parteiübergreifend und lautstark auf die Begrenzung von Fluchtmigration hingearbeitet wird, während gleichzeitig relativ „geräuschlos“ die Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte politisch vorangetrieben wird, wie etwa mit der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (vgl. Die Bundesregierung 2024). In der gesetzlichen und administrativen Praxis schlägt sich die Janusköpfigkeit der Migrationspolitik im Alltag nieder: Mitarbeiter:innen in Ausländerbehörden und der Kommunalverwaltung empfinden häufig eine kognitive Dissonanz (vgl. Schlee/Schammann/Münch 2023, Kapitel 2 und 6). Denn Willkommenskultur, Hilfen zur schnellen Integration und die Förderung von Diversität einerseits und restriktive Maßnahmen, wie zum Beispiel Wohnsitzauflagen oder die nun geplante „Bezahlkarte“ für Asylbewerber:innen, andererseits liegen im Behördenalltag oft nah beieinander.

Die vorliegende Studie ermittelt erneut anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung Wahrnehmungen und Einstellungen zu Migration und Integration und nähert sich so dem aktuellen Stand der Willkommenskultur in Deutschland an. Der in der letzten Befragung im Jahr 2021 (Kösemen/Wieland 2022) festgestellte vorsichtige Trend hin zu einer größeren Offenheit gegenüber Zuwanderung wird durch die

aktuelle Befragung unterbrochen. Die Ergebnisse aus dem Herbst 2023 zeigen gewachsene Befürchtungen bezüglich möglicher problematischer Folgen von Migration und eine deutlich gesunkene Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen. Zugleich nehmen die Befragten mehrheitlich noch immer eine willkommen heißende Haltung der Bevölkerung vor Ort gegenüber zugewanderten Menschen wahr, auch gegenüber Flüchtlingen.

Bevor die Ergebnisse der Befragung im Einzelnen dargestellt werden, gibt der folgende Abschnitt zunächst einen Überblick über den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext der Willkommenskultur-Befragungen der Jahre 2012 bis 2023. Dies bildet einen wichtigen Hintergrund für die Einordnung der Befragungsergebnisse, denn so werden die Pendelbewegungen zwischen mal mehr und mal weniger Offenheit über die Jahre hinweg verständlich.

Die Willkommenskultur-Umfragen von 2012 bis 2023 in ihrem gesellschaftlichen Kontext

Die bisherigen Umfragen zur Willkommenskultur führte Verian (ehemals Kantar Public bzw. TNS Emnid) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in den Jahren 2012, 2015, 2017, 2019, 2021 und 2023 durch. Die Frage zu Hindernissen bei der Integration wurde zudem bereits 2011 für eine andere Publikation (Bertelsmann Stiftung 2012a) erstmals erhoben.

Zur Einordnung der Ergebnisse ist es hilfreich zu berücksichtigen, in welchem gesellschaftlichen und politischen Kontext die Daten jeweils erhoben wurden und wie sich dieser Kontext über die Jahre stets gewandelt hat:

- Ende 2012, als die Umfrage zur Willkommenskultur zum ersten Mal durchgeführt wurde (Bertelsmann Stiftung 2012b), stand Deutschland noch unter dem Eindruck des geringen Wanderungssaldos der Vorjahre. 2008 war dieser sogar ins Negative gerutscht. Die demografischen Berechnungen zu der Zeit ließen jedoch eine größere Zuwanderung erwarten: Die Blaue Karte EU für Hochqualifizierte aus Drittstaaten war eingeführt worden, und der Anwerbestopp der 1970er-Jahre wurde endgültig verabschiedet. In diesem Kontext entstand der Begriff „Willkommenskultur“ als Indikator für die

- Offenheit und Attraktivität des Landes für Zuwanderinnen und Zuwanderer – vor allem mit Blick auf Fachkräfte, die benötigt wurden.
- Die zweite Willkommenskultur-Umfrage erfolgte Anfang des Jahres 2015 (Bertelsmann Stiftung 2015). Zu dem Zeitpunkt war der im Sommer und Herbst folgende starke Zuzug von Asylsuchenden noch kein Thema. Jedoch waren die Zahlen Asylsuchender aus den Balkanstaaten bereits seit 2014 stark gestiegen.
 - Die dritte Umfrage fand im März 2017 statt (Bertelsmann Stiftung 2017), also mit etwas Abstand im Nachgang zu dem zahlenmäßig starken Zuzug der Flüchtlinge vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die Ergebnisse machten deutlich, dass die Fluchtmigration einen „Stresstest“ für das Land und seine Bevölkerung bedeutete und die Einstellungen zu Zuwanderung insgesamt beeinflusste. In der Umfrage wurde nun erstmals zwischen Arbeits- und Bildungsmigrant:innen einerseits und Flüchtlingen andererseits unterschieden. Dies förderte differenziertere Ergebnisse hinsichtlich der Offenheit der Bevölkerung gegenüber diesen Gruppen zutage.
 - Anfang 2019, bei der vierten Umfrage (Kober/Kösemen 2019), hatte sich der Kontext erneut verändert. Dank der intensiven und erfolgreichen Integrationsarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft gehörten die Flüchtlinge von 2015/16 mittlerweile zum neuen deutschen Alltag, die Zahl der Asylanträge war kontinuierlich und stark gesunken, und andere Themen beanspruchten inzwischen wieder eine größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.
 - Bei der fünften Umfrage gegen Ende des Jahres 2021 (Kösemen/Wieland 2022) blickte die deutsche Gesellschaft auf zwei turbulente Jahre zurück, die durch die Coronapandemie und ihre Folgen geprägt gewesen waren. Die Erfahrungen in der Pandemie dürften die Sicht auf Migration indirekt mit verändert haben. Aufgrund der weltweiten Reisebeschränkungen hatte die Zuwanderung nach Deutschland nochmals abgenommen. Zugleich erlangte der gesellschaftliche Beitrag von Migrant:innen eine neue Sichtbarkeit, vor allem durch den neuen Fokus auf „systemrelevante“ Berufe, in denen vermehrt Migrant:innen arbeiteten (vgl. Mediendienst Integration 2022), sowie nicht zuletzt auch durch die plötzliche Bekanntheit von Uğur Şahin und Özlem Türeci, den Gründer:innen des Corona-Impfstoffentwicklers BioNTech.
 - Zum Zeitpunkt der jüngsten Befragung im Herbst 2023 hatte sich der gesellschaftliche Kontext erneut stark gewandelt. Das Thema „Migration“ hat im Laufe der vergangenen beiden Jahre an neuer Brisanz gewonnen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ab Februar 2022 löste eine große Fluchtbewegung aus, und die deutsche Gesellschaft empfing mehr als eine Million ukrainische Geflüchtete mit einer starken Willkommenskultur. Viele Menschen stellten sogar bereitwillig privaten Wohnraum für die Flüchtlinge zur Verfügung. Vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Zuge von Energiekrise und Inflation, erneut steigender Zahlen Asylsuchender aus anderen Weltregionen und zunehmender Schwierigkeiten der Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge wandelte sich die Stimmung jedoch wieder. Es entwickelte sich der Eindruck kollektiver Erschöpfung und Überforderung, unter dem die AfD in Wahlumfragen und bei tatsächlichen Wahlen zunehmend Zuspruch erfuhr. So entspann sich ab dem Frühjahr 2023 eine ausgeprägte öffentliche Diskussion um die Begrenzung von (Flucht-)Zuwanderung, die bis heute anhält. In diese Gemengelage fiel am 7. Oktober 2023 der terroristische Angriff der Hamas auf Israel, auf den die israelische Führung mit ihrer weiter andauernden Intervention im Gaza-Streifen reagierte. Die verschiedenen, konfliktiven Reaktionen auf diese Ereignisse sorgen seither wiederum für neue Dynamiken in der deutschen Debatte um Migration und Integration.

2 | Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

1 Die Skepsis gegenüber Migration hat unter dem akuten Eindruck von Belastungen zugenommen: Sorge um Sozialstaat, Wohnen und Schulen

2023 hat sich der Trend der beiden vorherigen Befragungsjahre 2021 und 2019 zu vermehrt positiven Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung nicht fortgesetzt. Im Kontext der multiplen gesellschaftlichen Krisen und monatelangen migrationskritischen öffentlichen Debatten hat sich die Wahrnehmung positiver Folgen von Zuwanderung abgeschwächt, und die Wahrnehmung negativer Auswirkungen hat sich verstärkt. Dies trifft auf alle zur Auswahl gestellten möglichen Folgen zu. Im Vergleich zur letzten Befragung besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei den wahrgenommenen Auswirkungen von Zuwanderung auf die Bereiche „Sozialstaat“, „Wohnen“ und „Schule“. Die Befragten verbinden Zuwanderung nun verstärkt mit zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat (2023: 78 %; 2021: 67 %), Wohnungsnot in Ballungsräumen (2023: 74 %; 2021: 59 %) und Problemen in den Schulen (2023: 71 %; 2021: 56 %). Die Ansicht, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache, wird weiterhin von einer Mehrheit geteilt (2023: 61 %; 2021: 66 %). Die Einschätzung hingegen, dass Einwanderung den Fachkräftemangel ausgleiche, findet aktuell keine mehrheitliche Zustimmung mehr (2023: 47 %; 2021: 55 %). Insgesamt lässt sich seit Beginn der Befragungen 2012 über alle Befragungsjahre hinweg stets eine Zwiespältigkeit der Bevölkerung beim Thema „Migration“ feststellen. Die längerfristige Betrachtung zeigt, dass sich das Gewicht unter dem akuten Eindruck von Belastungen hin zu skeptischen Einschätzungen verlagert. Die Entwicklung zwischen 2021 und 2023 ist insofern vergleichbar mit derjenigen zwischen 2015 und 2017 (vgl. Kapitel 3 und Abbildung 1).

2 Die Befragten nehmen weiterhin mehrheitlich eine Willkommenskultur gegenüber Migrant:innen wahr

Die Wahrnehmung, dass zugewanderten Menschen in Deutschland eine willkommen heißende Haltung entgegengebracht werde, bleibt in der aktuellen Befragung überwiegend stabil. Die Wahrnehmung einer Willkommenskultur bei den Kommunen bewegt sich auf dem gleichen hohen Niveau wie bei der letzten Befragung: Dass Arbeitsmigrant:innen bzw. Flüchtlinge von den Kommunen willkommen geheißen werden, meint nach wie vor jeweils eine Mehrheit (78 % bzw. 67 %; 2021: 78 % bzw. 68 %). Ähnliches gilt für die wahrgenommene Willkommenskultur bei der Bevölkerung. Dass Menschen, die zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland einwandern, von der Bevölkerung bei ihnen vor Ort willkommen geheißen werden, meinen 73 % der Befragten (2021: 71 %). Und auch die wahrgenommene Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen erweist sich als relativ stabil: Noch immer meinen 53 % (2021: 59 %), dass die Bevölkerung bei ihnen vor Ort Flüchtlinge willkommen heiße. In Ostdeutschland sieht das allerdings nur noch gut ein Drittel (37 %) der Befragten so (2021: 42 %).

3 Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen ist gesunken, aber weiterhin lehnt lediglich eine Minderheit die Integration von Flüchtlingen in Deutschland ab

Bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen zeigt sich über die Zeit hinweg, ähnlich wie bei den Einschätzungen zu den Folgen von Zuwanderung, eine wellenförmige Entwicklung. Im Vergleich zur letzten Befragung 2021 ist die Aufnahmebereitschaft deutlich gesunken. Die Werte bewegen sich nun wieder auf einem ähnlichen Niveau wie bei der

Befragung 2017, das heißt im Nachgang zum damaligen erhöhten Fluchtaufkommen. Nach einem zuletzt eher niedrigen Wert (2021: 36 %) ist inzwischen mit 60 % wieder eine Mehrheit der Ansicht, Deutschland könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze sei (2017: 54 %; 2015: 40 %). Und während 2021 beinahe jede:r zweite Befragte (48 %) der Aussage zustimmte, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, teilt dies in der aktuellen Befragung nur noch rund jede:r Dritte (35 %) – ähnlich wie 2017 (37 %), als der Wert im Vergleich zu 2015 (51 %) deutlich gefallen war. Die Auffassung, der Staat solle dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen, wird dagegen über alle Befragungsjahre hinweg stets von einer großen Mehrheit geteilt (2023: 87 %; 2021: 87 %; 2019: 87 %; 2017: 88 %; 2015: 84 %). Der Anteil der Befragten, die Flüchtlinge als „Gäste auf Zeit“ betrachten und ihre Integration in Deutschland ablehnen, ist 2023 auf 27 % angestiegen (2021: 20 %; 2019: 20 %; 2017: 23 %; 2015: 22 %). Trotz des Anstiegs handelt es sich hierbei jedoch weiterhin um eine Minderheitenposition.

4 Die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Integration wird weiterhin als hoch eingeschätzt

Wie in den vorherigen Umfragen wird Integration 2023 von den Befragten als ein beidseitiger Prozess verstanden: Erwartungen richten sich an die Zugewanderten, aber auch an die Aufnahmegesellschaft. Mangelnde Sprachkenntnisse werden nach wie vor am häufigsten als Integrationshindernis betrachtet. Doch es fällt auf, dass dieser Aspekt im Zeitverlauf kontinuierlich leicht an Bedeutung verliert. 2017 und 2019 sahen noch 91 % der Befragten darin ein Hindernis für Integration, 2021 waren es 84 % und in der aktuellen Befragung sind es 81 %. Dies deutet auf eine gewisse interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Teilbereiche hin (vgl. Kapitel 4.1). Gesellschaftliche Barrieren, wie mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Diskriminierung, werden in der aktuellen Befragung etwas zurückhaltender bewertet als zuletzt. 2021 betrachteten 66 % bzw. 62 % der Befragten diese Aspekte als Integrationshindernisse, wohingegen in der aktuellen Befragung 58 % bzw. 55 % diese Sicht teilen.

5 Die Bekämpfung von Benachteiligung wird verstärkt in Schulen als notwendig bewertet

Ähnlich wie bei der letzten Befragung spricht sich jeweils rund die Hälfte der Befragten für neue Gesetze gegen Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aus (Wohnungssuche: 56 %, Schule: 55 %, Behörden: 53 %, Arbeitsplatz: 47 %). Im Zeitvergleich am auffälligsten ist der Anstieg in Bezug auf den Bereich „Schule“ (2021: 47 %).

6 Junge Menschen sehen Zuwanderung positiver und nehmen häufiger Diskriminierung und mangelnde Wertschätzung wahr

Junge Menschen bis 29 Jahre sehen durchweg häufiger positive und seltener negative Folgen von Zuwanderung als der Durchschnitt der Befragten. So stimmen sie etwa deutlich häufiger den Ansichten zu, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache und den Fachkräftemangel ausgleiche. Ganz besonders auffällig ist die abweichende Wahrnehmung der jungen Befragten in Bezug auf die Situation in Schulen: Dass Zuwanderung hier zu Problemen führe, meinen nur 48 % der Befragten bis 29 Jahre und lediglich 34 % der Schüler:innen – im Vergleich zu 71 % aller Befragten. Weiter zählen die Jüngeren bis 29 Jahre überdurchschnittlich häufig Diskriminierung aufgrund der Herkunft zu den größten Integrationshindernissen (73 % gegenüber im Durchschnitt 55 %). Sie befürworten außerdem häufiger neue Gesetze gegen Benachteiligung, ganz besonders im Kontext der Wohnungssuche (71 % gegenüber 56 %) und am Arbeitsplatz (62 % gegenüber 47 %). Weiter herrscht unter den Jüngeren der Eindruck vor, dass die Leistungen von zugewanderten Menschen, die hier schon lange arbeiten und leben, wenig Wertschätzung erfahren: 64 % der Befragten bis 29 Jahre sehen eine eher geringe oder gar keine Wertschätzung. Im Durchschnitt aller Befragten teilen diese Einschätzung dagegen nur 46 %.

7 Personen mit Migrationshintergrund sehen häufiger wirtschaftliche Vorteile von Zuwanderung und ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Bei den Einschätzungen zu möglichen Folgen von Zuwanderung bewegen sich die Antworten der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund insgesamt auf einem recht ähnlichen Niveau, mit einer Tendenz zu leicht positiveren Wahrnehmungen bei den Befragten mit Migrationshintergrund. Ausgeprägtere Unterschiede zeigen sich bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Vorteile von Zuwanderung. Dass Zuwanderung den Fachkräftemangel ausgleiche, meint mit 57 % eine Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund (ohne Migrationshintergrund: 46 %). Mehreinnahmen für die Rentenversicherung sieht fast jede zweite befragte Person mit Migrationshintergrund (48 %), bei den Personen ohne Migrationshintergrund ist es etwas mehr als jede dritte (36 %). Dass Zuwanderung zu Wohnungsnot in Ballungsräumen führe, sieht in beiden Gruppen eine Mehrheit so, aber Befragte mit Migrationshintergrund stimmen dieser Einschätzung seltener zu (64 % gegenüber 76 %). Beim Blick auf die größten Hindernisse für Integration fällt auf, dass Befragte mit Migrationshintergrund häufiger ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt für zugewanderte Menschen wahrnehmen (65 % gegenüber 56 %). Doch im Vergleich zu 2021 nehmen sie nun öfter eine angemessene Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen gesellschaftlichen Bereichen wahr (vgl. Kapitel 5.5).

3 | Wie blickt die Bevölkerung auf Migration und inwieweit wird eine Willkommenskultur bei Kommunen und Bevölkerung wahrgenommen?

3.1 | Skeptische Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung gewinnen in Krisenzeiten an Gewicht

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Mit Blick auf die angenommenen Folgen von Migration zeigen sich die Befragten erneut ambivalent. Es überwiegen im Befragungsjahr 2023 jedoch negative Einschätzungen. 78 % der Befragten befürchten zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat als Folge von Zuwanderung. Um Wohnungsnot in Ballungsräumen sorgen sich 74 %, und etwa genauso viele (73 %) erwarten Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten. 71 % teilen die Einschätzung, Zuwanderung führe zu Problemen in den Schulen. Zugleich meint auch eine Mehrheit (61 %), Zuwanderung mache das Leben in Deutschland interessanter. Ähnlich viele Befragte sind der Ansicht, Zuwanderung sei wichtig für die Ansiedlung internationaler Firmen (63 %) und führe dazu, dass Deutschland weniger überaltert (62 %). Die Einschätzungen, sie bringe einen Ausgleich für den Fachkräftemangel oder Mehreinnahmen für die Rentenversicherung, teilen aktuell 47 % bzw. 38 % der Befragten.

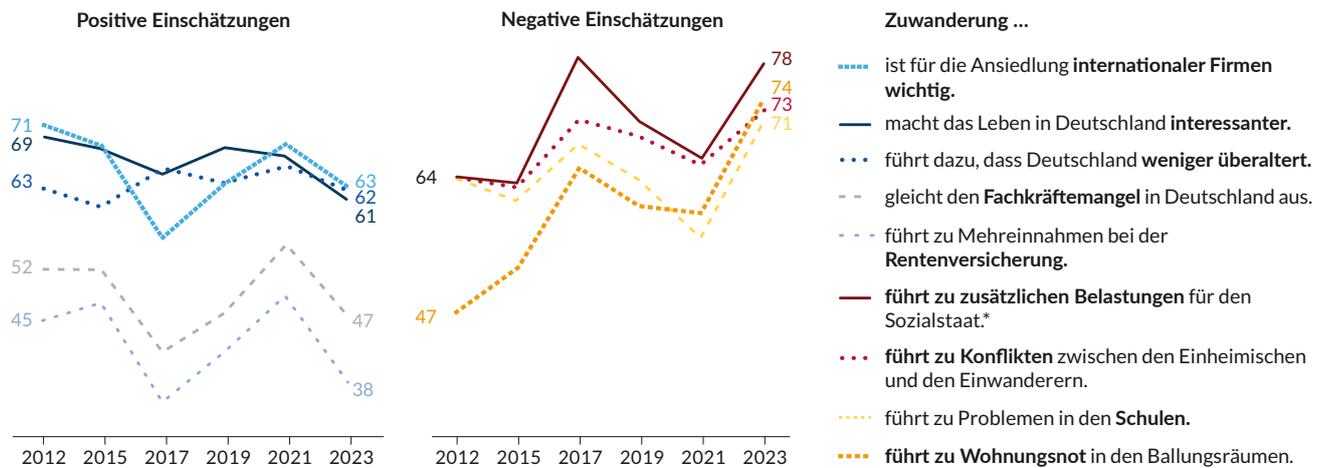
Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Der Trend hin zu positiveren Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Migration in den letzten beiden Befragungsjahren 2021 und 2019 hat sich im Jahr 2023 umgekehrt. Die Erwartungen problematischer Folgen bewegen sich nun wieder auf dem Niveau des Jahres 2017. Es zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie zwischen den Befragungsjahren 2015 und 2017, als im Kontext des erhöhten Fluchtgeschehens und einer damit zusammenhängenden Krisenwahrnehmung negative Einschätzungen an Gewicht gewannen. Dass Zuwanderung zu zusätzlichen Belastungen für den

Sozialstaat führe, meinten 2015 64 % der Befragten, 2017 stieg dieser Anteil auf 79 %. 2021 betrug er dann wieder nur noch 67 %, und im Befragungsjahr 2023 steigt der Wert erneut an auf nun 78 %. Diese wellenförmige Entwicklung zeigt sich auch bei der Erwartung von Konflikten zwischen Einheimischen und Zugewanderten (2015: 63 %; 2017: 72 %; 2021: 66 %; 2023: 73 %) sowie bei der Annahme von Problemen in Schulen (2015: 61 %; 2017: 68 %; 2021: 56 %; 2023: 71 %). Linear gestiegen ist hingegen die Sorge um Wohnungsnot in Ballungsräumen. Dieser Wert liegt 2023 nicht nur weit über dem von 2021, sondern auch deutlich höher als 2017 und 2015 (2015: 52 %; 2017: 65 %; 2021: 59 %; 2023: 74 %).

Während negative Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung zugenommen haben, haben sich positive Erwartungen abgeschwächt und sich ebenfalls wieder dem Niveau von 2017 angenähert. Hier zeigt sich also spiegelbildlich die gleiche wellenförmige Entwicklung. Besonders gesunken im Vergleich zu 2021 sind im Befragungsjahr 2023 die zustimmenden Einschätzungen bezüglich positiver Auswirkungen von Zuwanderung auf die Rentenversicherung und den Fachkräftemangel. Dass Zuwanderung der Rentenversicherung Mehreinnahmen beschere, meinen nur noch 38 % der Befragten (2021: 48 %; 2017: 34 %; 2015: 47 %). Die Annahme, Zuwanderung bringe einen Ausgleich für den Fachkräftemangel, teilen nur noch 47 % der Befragten; sie findet somit aktuell keine mehrheitliche Zustimmung (2021: 55 %; 2017: 41 %; 2015: 52 %). Etwas weniger stark zurückgegangen sind die positiven Erwartungen bezüglich der übrigen Aspekte. Dass Zuwanderung für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig sei, meinen noch immer 63 % der Befragten

ABBILDUNG 1 Einschätzungen zur Zuwanderung: Trend 2012–2023



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht.“ * Wortlaut 2012: „führt zu zusätzlichen Belastungen bei Hartz 4 und ALG I“.
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

(2021: 68 %; 2017: 56 %; 2015: 68 %). Der Annahme, Deutschland überaltere weniger, stimmt mit 62 % ebenfalls weiterhin eine Mehrheit zu (2021: 65 %; 2017: 65 %; 2015: 60 %). Des Weiteren bleibt die Ansicht, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache, über die Zeit hinweg recht stabil: Auch 2023 wird sie von einer Mehrheit (61 %) der Befragten geteilt (2021: 66 %; 2017: 64 %; 2015: 67 %).

Die gesunkene Zuversicht hinsichtlich möglicher wirtschaftlicher Vorteile von Zuwanderung dürfte zum Teil mit einer selektiven Wahrnehmung zu tun haben, die vor allen Dingen auf Fluchtzuwanderung und die in dem Zusammenhang zunächst entstehenden Kosten fokussiert. Weniger im Bewusstsein ist offenbar der wirtschaftliche Beitrag zugewanderter Fach- und Arbeitskräfte sowie auch der vielen Migrant:innen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben und arbei-

ten. Die Erwerbsmigration aus Drittstaaten erreichte im Jahr 2022 mit 71.046 Personen einen neuen Höchststand. Diese Migrant:innen kamen größtenteils aus Indien und vom Westbalkan (vgl. Abbate 2023: 24 ff.). Aus anderen EU-Staaten wanderten insgesamt 481.610 Menschen ein, die zum größten Teil zu Arbeitszwecken nach Deutschland gekommen sein dürften (vgl. Abbate 2023: 23). Zudem erscheint eine ausschließlich auf Kosten fokussierte Wahrnehmung der Fluchtzuwanderung einseitig. Denn zum vollständigen Bild gehört auch die Tatsache, dass ausländische Jugendliche immer stärker in der dualen Ausbildung vertreten sind, vor allem in Engpassberufen. Die Zahl der Ausbildungsverträge, die mit ausländischen Jugendlichen in Engpassberufen geschlossen wurden, hat sich seit 2013 mehr als verdoppelt, und fast jede:r dritte ausländische Auszubildende kommt aus einem der acht Hauptasylherkunftsländer (vgl. Jansen/Tiedemann/Werner 2023: 4).

3.2 | Eine Mehrheit nimmt weiterhin eine willkommen heißende Haltung von Kommunen und Bevölkerung gegenüber zugewanderten Menschen wahr

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

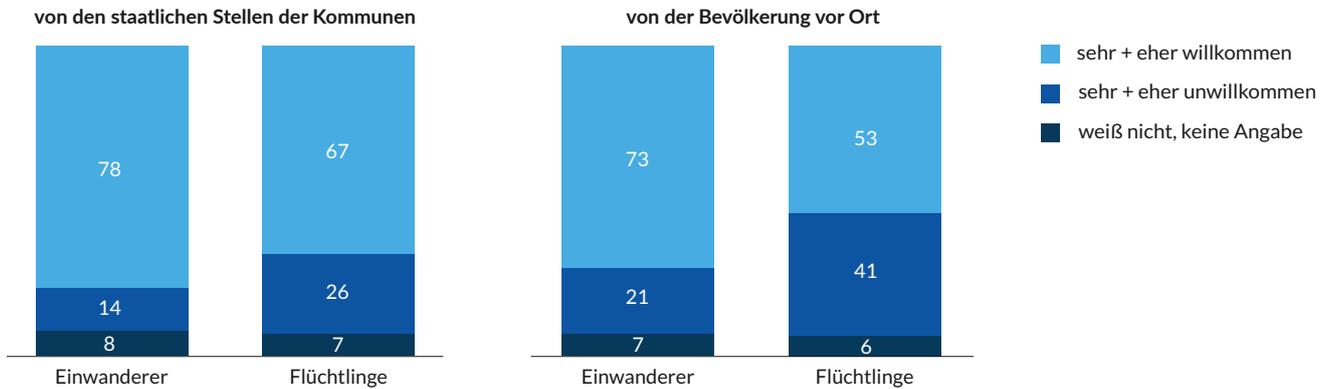
Eine Mehrheit nimmt 2023 eine willkommen heißende Haltung bei Kommunen und Bevölkerung gegenüber zugewanderten Menschen wahr. 78 % der Befragten haben den Eindruck, dass Personen, die zu Arbeits-

oder Studienzwecken nach Deutschland gekommen sind, von den staatlichen Stellen ihrer Kommune sehr oder eher willkommen heißen werden. 73 % nehmen eine sehr oder eher willkommen heißende Haltung bei der Bevölkerung vor Ort wahr. In Bezug auf Flüchtlinge sehen 67 % eine sehr oder eher

willkommen heißende Haltung bei den Kommunen, und 53 % nehmen eine entsprechende Haltung bei der Bevölkerung wahr. In Ostdeutschland nimmt allerdings

nur etwas mehr als jede:r Dritte (37 %) eine sehr oder eher willkommen heißende Haltung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen wahr (vgl. Kapitel 5.1).

ABBILDUNG 2 **Wie werden Einwanderer und Flüchtlinge willkommen geheißen?**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren / Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Die Wahrnehmung, dass Arbeits- und Bildungsmigrant:innen sowohl von den Kommunen als auch von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden, erweist sich als auf hohem Niveau stabil: Die entsprechenden Werte liegen seit 2017 konstant weit über 70 %. Diese Wahrnehmung der Bevölke-

rung in Deutschland deckt sich durchaus mit der Wahrnehmung ausländischer Fachkräfte. Rund drei Viertel der von der OECD 2023 befragten ausländischen Fachkräfte, die inzwischen in Deutschland ansässig sind, stimmen der Aussage „Deutschland ist ein Land, das Einwanderer willkommen heißt“ voll und ganz (32 %) oder eher (45 %) zu (vgl. Liebig/Senner 2023).

ABBILDUNG 3 **Wie werden Einwanderer willkommen geheißen? Vergleich 2017–2023**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

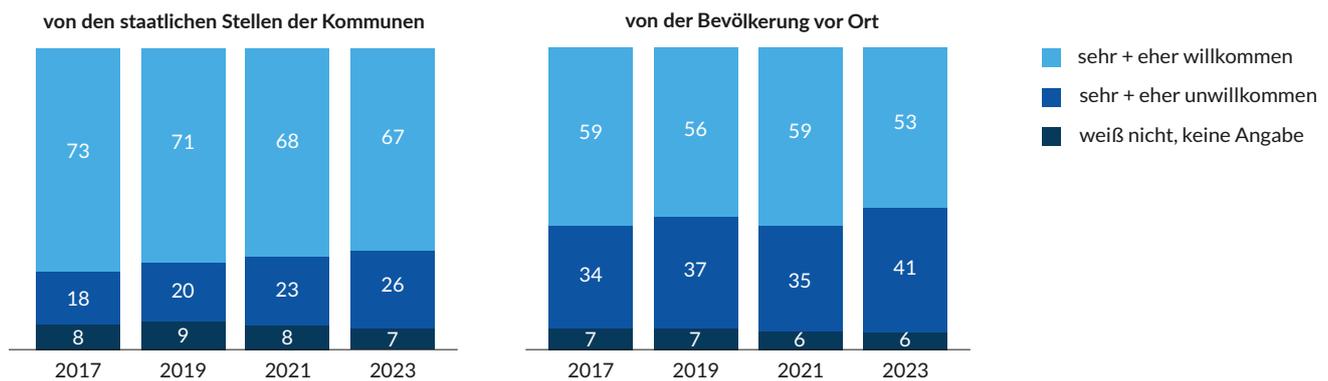
Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Wie in den früheren Befragungsjahren wird am wenigsten eine sehr oder eher willkommen heißende Haltung gegenüber Flüchtlingen bei der Bevölkerung vor Ort wahrgenommen. Der gemessene Wert hierfür fällt im Befragungsjahr von 59 % (2021) auf 53 % (2023) moderat ab, womit er nun auch unter dem Wert

von 2017 (59 %) liegt. Das dürfte darauf hindeuten, dass die Offenheit der Bevölkerung, (weitere) Flüchtlinge in ihrem Umfeld aufzunehmen, zurückgegangen ist. Dies bestätigt sich klar in den Ergebnissen zur Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen, die im nächsten Teilkapitel dargestellt werden.

ABBILDUNG 4 **Wie werden Flüchtlinge willkommen geheißen? Vergleich 2017–2023**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

3.3 | Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist deutlich gesunken, aber nur eine Minderheit lehnt die Integration von Flüchtlingen in Deutschland ab

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

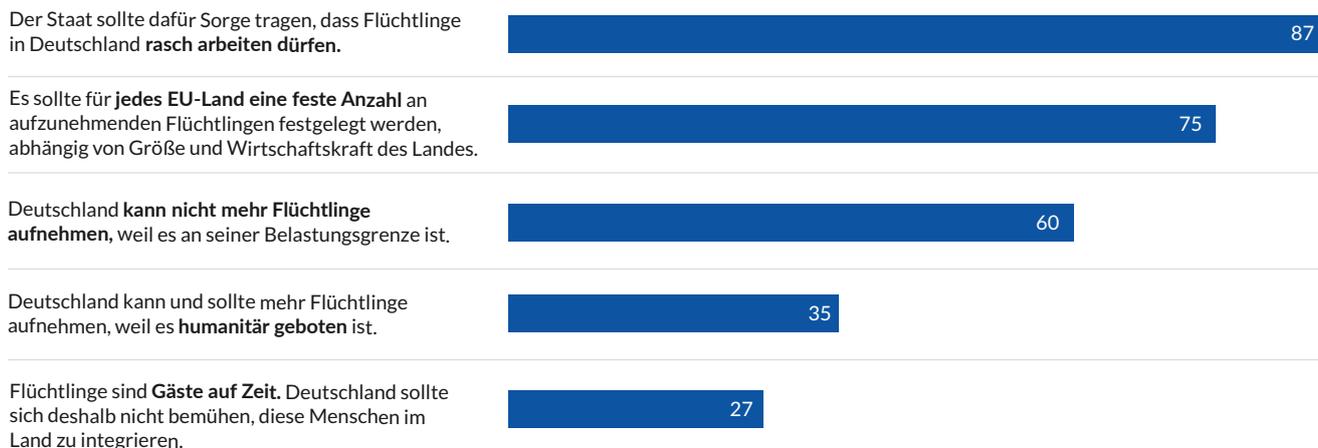
Eine Mehrheit von 60 % teilt im Jahr 2023 die Ansicht, Deutschland könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze sei. Nur etwas mehr als jede:r Dritte (35 %) findet, Deutschland könne und solle mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es humanitär geboten sei. Gleichzeitig teilt lediglich rund jede:r Vierte eine ablehnende Haltung bezüglich der Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft: 27 % stimmen der Aussage zu, Flüchtlinge seien „Gäste auf Zeit“, weshalb Deutschland sich nicht bemühen solle, diese Menschen im Land zu integrieren. Das bedeutet, nur eine Minderheit lehnt die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in die deutsche Gesellschaft ab. Einen ausgeprägten Konsens gibt es bei dem Thema „Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge“: 87 % stimmen der Aussage zu, dass der Staat dafür Sorge tragen solle,

dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen. Hoch ist auch die Unterstützung der Idee europäischer Verteilungsmechanismen: 75 % sind der Meinung, für jedes EU-Land solle abhängig von Größe und Wirtschaftskraft eine feste Anzahl an aufzunehmenden Flüchtlingen festgelegt werden.

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Im Zeitvergleich zeigt sich auch hier eine wellenförmige Entwicklung. Ähnlich wie zwischen 2015 und 2017 ist die Veränderung zwischen 2021 und 2023 durch einen starken Rückgang der Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen gekennzeichnet. Bei der letzten Befragung 2021 meinten lediglich 36 %, Deutschland habe eine Belastungsgrenze erreicht und könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, 2023 sind es 60 % (2015: 40 %; 2017: 54 %; 2019: 49 %).

ABBILDUNG 5 Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

Entsprechend zurückgegangen ist der Anteil der Befragten, die finden, Deutschland könne und solle aus humanitären Gründen mehr Flüchtlinge aufnehmen. Dem stimmte 2021 noch fast jede:r Zweite zu (48 %), 2023 hingegen nur noch rund jede:r Dritte (35 %) (2015: 51 %; 2017: 37 %; 2019: 37 %). Die ablehnende Haltung bezüglich der Integration von Flüchtlingen, weil sie „Gäste auf Zeit“ seien, erreicht 2023 mit 27 % Zustimmung im Zeitvergleich einen Höchstwert (2015: 22 %; 2017: 23 %; 2019: 20 %; 2021: 20 %), doch es handelt sich nach wie vor um eine Minderheitenposition. Die Unterstützung für die Idee europäischer Verteilungsmechanismen auf Basis von Größe und Wirtschaftskraft eines Landes geht etwas zurück: 75 % äußern sich dazu im Jahr 2023 zustimmend, 2021 waren es 80 % (2015: 76 %; 2017: 81 %; 2019: 78 %). Die Befürwortung eines schnellen Zugangs zu Arbeit für Flüchtlinge bleibt mit 87 % Zustimmung auf hohem Niveau stabil (2015: 84 %; 2017: 88 %; 2019: 78 %; 2021: 87 %).

Der moderate Anstieg bei der Zustimmung zu der Aussage, Flüchtlinge seien „Gäste auf Zeit“, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle, deutet auf eine gewachsene Präferenz in Teilen der Bevölkerung für eine gesellschaftliche Schließung hin. In dem Zusammenhang ist auf die Ergebnisse der jüngsten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hinzuweisen, die einen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung konstatiert (vgl. Zick/Küpper/Mokros 2023). Eine Rolle spielt dabei

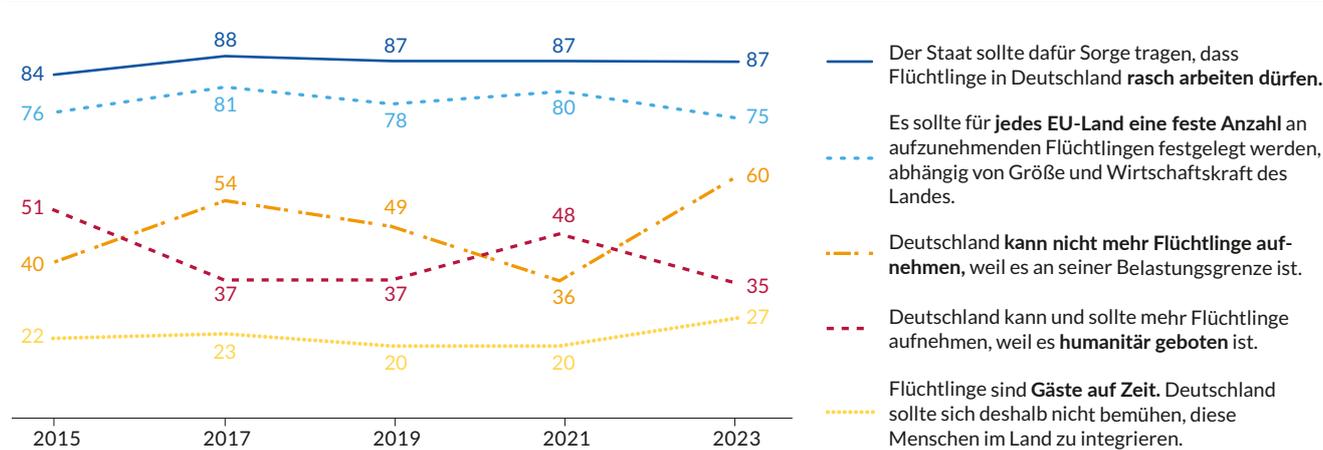
die Verunsicherung durch die zahlreichen aktuellen Krisen. Steigt das individuelle und kollektive Bedrohungsgefühl durch Krisen, wird die Präferenz für einen auf „Abschottung“ ausgerichteten Krisenmodus wahrscheinlicher, und dies wiederum begünstigt die Entwicklung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen (vgl. Zick/Sandal-Önal 2023: 240). Die Diagnose, „dass nur Minderheiten die Vorstellung eines Einwanderungslandes entschieden ablehnen“ (Mau/Lux/Westheuser 2023: 126), stimmt aber immer noch.

Die 2023 etwas stärker gestiegene Zustimmung zu der Aussage, dass Flüchtlinge „Gäste auf Zeit“ seien, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle, könnte aber womöglich auch mit der Wahrnehmung der Fluchtmigration aus der Ukraine zusammenhängen. Die meisten geflüchteten Ukrainer:innen haben zu Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr in ihr Heimatland gehofft. Der Anteil derjenigen, die beabsichtigen, längerfristig in Deutschland zu bleiben, ist zwar mit der Zeit etwas gewachsen, doch weiterhin will eine relative Mehrheit (31 %) nur „bis Kriegsende“ bleiben. 29 % geben an, „für immer“ in Deutschland bleiben zu wollen, 15 % „für einige Jahre“. 2 % möchten „höchstens noch ein Jahr“ bleiben, und 23 % wissen es nicht (vgl. Brücker et al. 2023: 383). Zudem hat die Ukraine ein Interesse an der Rückkehr ihrer Bevölkerung (vgl. SVR 2024). So könnte das Befragungsergebnis zumindest teil-

weise auch mit der Wahrnehmung zusammenhängen, die ukrainischen Flüchtlinge seien – auch nach ihrer eigenen Auffassung – nur vorübergehend in Deutsch-

land Schutz suchende „Gäste“, die gegebenenfalls nicht umfänglich in Deutschland integriert werden müssten.

ABBILDUNG 6 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Trend 2015 – 2023**



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?“
 Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

4 | Wie blickt die Bevölkerung auf Integration, Teilhabe und Anerkennung in der Einwanderungsgesellschaft?

4.1 | Die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Integration wird weiterhin als hoch eingeschätzt

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Bei der Wahrnehmung von Hindernissen bei der Integration spielt die Beherrschung der deutschen Sprache auch im Befragungsjahr 2023 eine hervorgehobene Rolle: 81 % der Befragten sehen mangelnde Sprachkenntnisse bei Zugewanderten als eines der größten Integrationshindernisse. Darauf folgt mit größerem Abstand mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeits-

markt für zugewanderte Menschen: 58 % sehen darin eine der größten Hürden bei der Integration, dicht gefolgt von Diskriminierung aufgrund der Herkunft (55 %). Beinahe genauso viele Befragte (53 %) betrachten die Verbundenheit Zugewanderter mit einer ausländischen Herkunftskultur als Integrationshindernis. Jede:r Zweite (50 %) zählt zudem mangelnde Bildung von Zugewanderten zu den größten Hindernissen.

ABBILDUNG 7 Hindernisse bei der Integration



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Auch 2023 wird wieder deutlich, dass die Befragten Integration durchaus als beidseitigen Prozess betrachten: Hindernisse bei der Integration werden nicht nur bei den Zugewanderten verortet (Sprachkenntnisse,

Bildung, Verbundenheit mit ausländischer Herkunftskultur), sondern auch in den gesellschaftlichen Strukturen (mangelnde Chancengleichheit, Diskriminierung). Bei der Bewertung der Relevanz von Sprachkenntnissen zeigt sich ein leicht abnehmender Trend. Der Anteil der Befragten, die mangelnde Sprachkenntnisse zu den

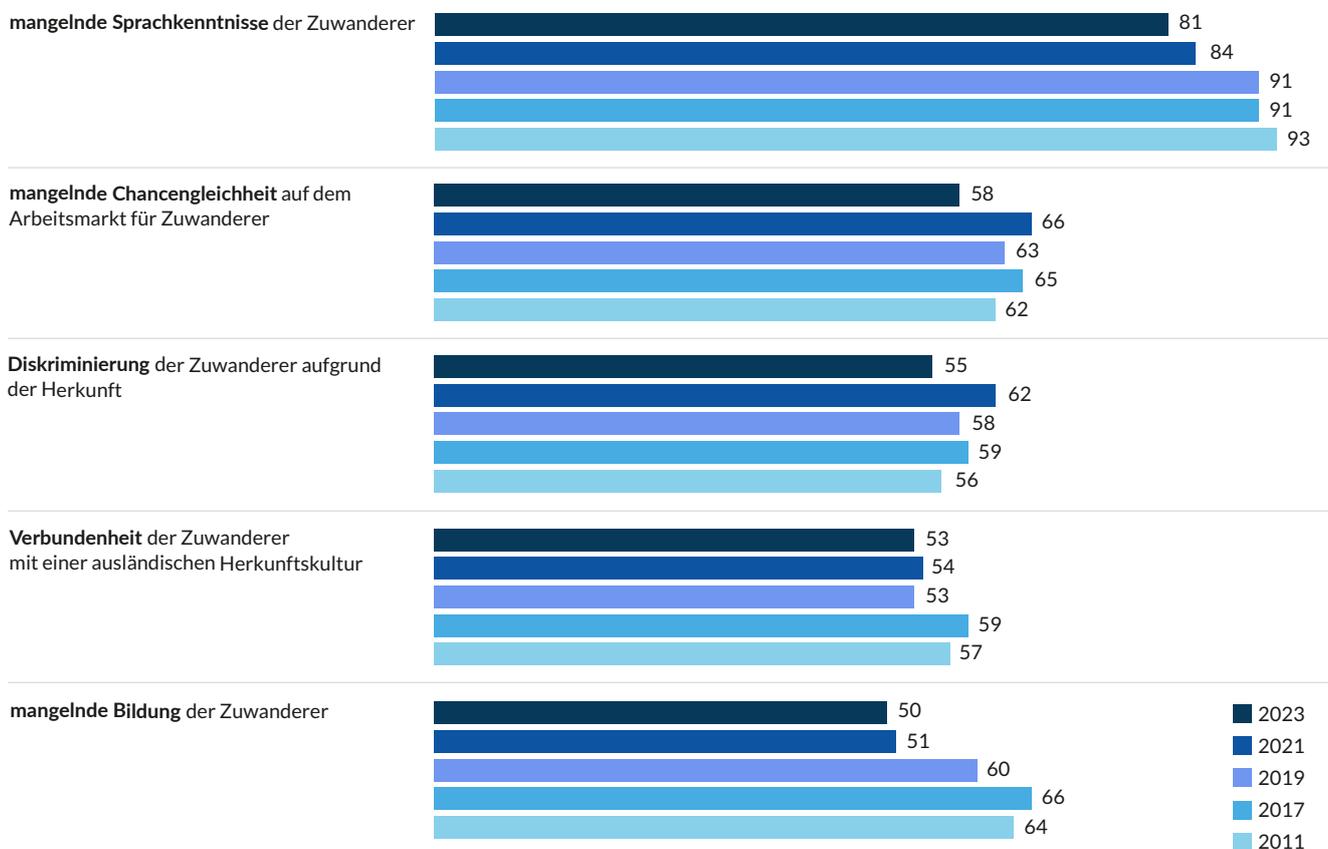
größten Integrationshindernissen zählen, ist im Verlauf der Jahre stetig zurückgegangen (2023: 81 %; 2021: 84 %; 2019: 91 %; 2017: 91 %; 2011: 93 %). Dies spricht für eine gewisse Öffnung gesellschaftlicher Teilbereiche – vor allem bestimmter Segmente des Arbeitsmarkts wie zum Beispiel Start-ups, wo auch Menschen mit nur begrenzten Deutschkenntnissen oder sogar ganz ohne Kenntnisse der deutschen Sprache Chancen auf einen Arbeitsplatz haben (vgl. Bitkom 2023).

Gleichwohl erleben ausländische Fachkräfte die Beherrschung der deutschen Sprache noch immer mit Abstand als wichtigsten Faktor, um im Alltag in Deutschland zurechtzukommen. Frühzeitig Deutsch zu lernen, ist laut einer Befragung der OECD unter in Deutschland ansässigen ausländischen Fachkräften die am häufigsten geäußerte Empfehlung bei der Frage, welchen Ratschlag sie auswanderungsinteressierten Freund:innen geben würden (vgl. Liebig/Senner 2023). Weiter zeigt eine aktuelle Studie zur Lebenssituation ukrainischer Flücht-

linge in Deutschland, dass deren Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit stark mit dem Niveau ihrer Deutschkenntnisse zusammenhängt (vgl. Ette et al. 2023: 7).

Mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie Diskriminierung aufgrund der Herkunft werden auch 2023 jeweils von einer Mehrheit (58 % bzw. 55 %) zu den größten Hindernissen bei der Integration gezählt. Im Vergleich zur letzten Befragung 2021 sind diese Werte allerdings rückläufig (mangelnde Chancengleichheit: 66 %; Diskriminierung: 62 %). Das könnte damit zusammenhängen, dass in Krisenzeiten die Idee exklusiver Vorrechte für Teile der Gesellschaft an Resonanz gewinnt (vgl. Zick/Sandal-Önal 2023: 239). Die Zustimmungswerte bezüglich der beiden übrigen abgefragten Aspekte bleiben stabil: Die Verbundenheit zugewanderter Menschen mit einer ausländischen Herkunftskultur werten 2023 53 % der Befragten als Integrationshindernis (2021: 54 %), und mangelnde Bildung betrachten 50 % als Hindernis (2021: 51 %).

ABBILDUNG 8 Hindernisse bei der Integration: Vergleich 2011–2023



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

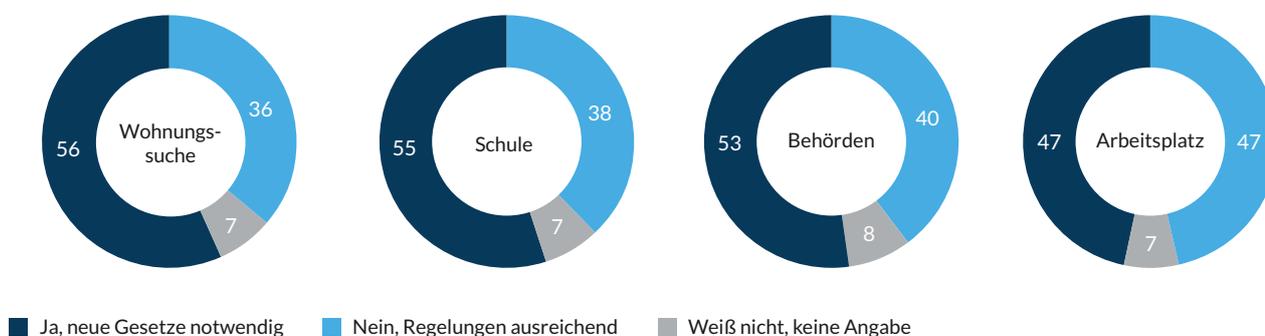
4.2 | Handlungsbedarf gegen Benachteiligung wird vorrangig beim Thema „Wohnungssuche“, aber vermehrt auch im Kontext „Schule“ gesehen

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung von Bevölkerungsgruppen werden in den meisten Fällen 2023 von einer Mehrheit der Befragten befürwortet. Am häufigsten messen sie dem Thema „Wohnungssuche“ Bedeutung bei: 56 % sind der Ansicht, in diesem Bereich sollten neue Gesetze

gegen Benachteiligung geschaffen werden. Ähnlich viele Befragte sprechen sich für neue gesetzliche Regelungen in den Schulen (55 %) sowie in den Behörden (53 %) aus. Für den Bereich „Arbeitsplatz“ befürworten 47 % neue Gesetze gegen Benachteiligung. Frauen unterstützen solche Gegenmaßnahmen häufiger als Männer, besonders in den Bereichen „Schule“ und „Arbeitsplatz“ (vgl. Kapitel 5.4).

ABBILDUNG 9 Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten.“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

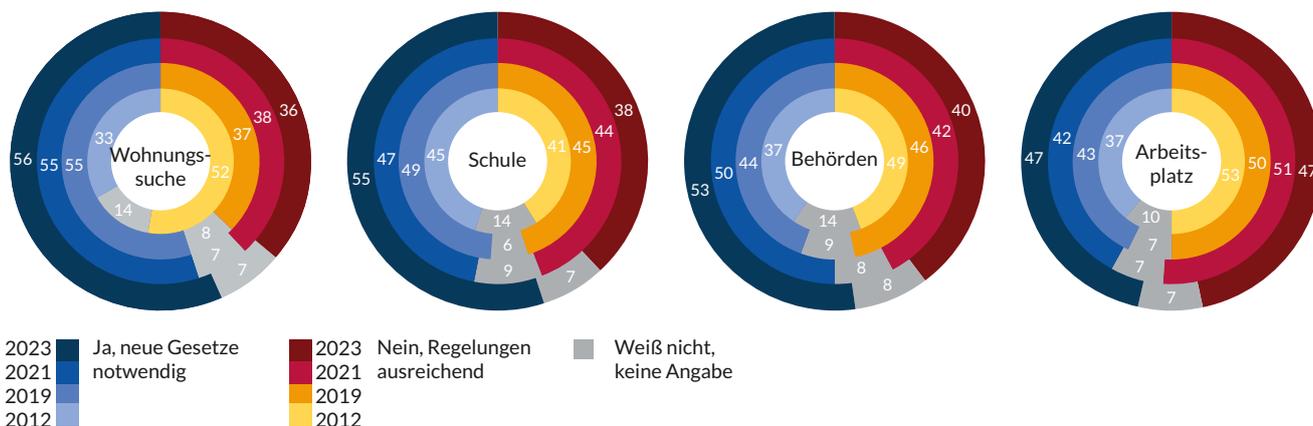
| BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Die deutlichsten Steigerungen im Vergleich zur letzten Befragung 2021 zeigen sich in den Bereichen „Schule“ und „Arbeitsplatz“. Der Anteil der Befragten, die hier neue gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Benachteiligung unterstützen, ist von 47 % auf 55 % (Schule) bzw. von 42 % auf 47 % (Arbeitsplatz) gestiegen. In den Bereichen „Behörden“ und „Wohnungssuche“ fällt der Anstieg geringer aus (vgl. Abbildung 10). Bei genauerer Betrachtung scheint der Kontext „Schule“ in den Augen der Befragten

ein besonders zentraler Bereich für Interventionen gegen Benachteiligung zu sein. Hier zeigt sich in der vorliegenden Befragung mit acht Prozentpunkten der stärkste Anstieg bei der Unterstützung gesetzlicher Gegenmaßnahmen. In einer Befragung zur Thematik „Antidiskriminierung“ aus dem Herbst 2022 (Wieland/Kober 2023) stach zudem „Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen“ als eine Maßnahme hervor, die von den Befragten im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben zur Bekämpfung von Diskriminierung besonders häufig als „sehr wichtig“ eingestuft wurde.

ABBILDUNG 10 **Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich 2012–2023**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten.“
 Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

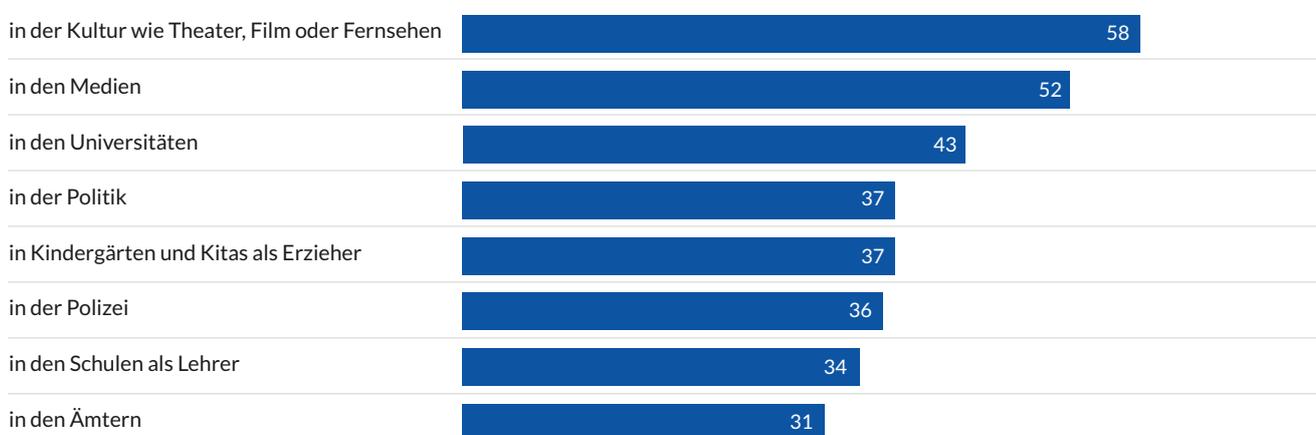
4.3 | Eine angemessene Repräsentanz von Personen mit Migrationsgeschichte wird weiterhin am häufigsten in Kultur und Medien wahrgenommen

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Eine angemessene Vertretung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nehmen die Befragten am häufigsten in den Bereichen der Kultur (58 %) und der Medien (52 %) wahr. Dahinter folgen die Universitäten mit 43 % und danach dicht beieinander die Bereiche „Politik“ (37 %), „Kindergärten und Kitas“ (37 %) sowie „Polizei“ (36 %).

Noch etwas seltener wird eine angemessene Vertretung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Schulen, d. h. als Lehrer:innen (34 %), sowie in den Ämtern (31 %) wahrgenommen. Die Befragten mit Migrationshintergrund sehen 2023 in allen Bereichen, mit Ausnahme der Politik, häufiger eine angemessene Repräsentanz von Personen mit Zuwanderungsgeschichte als Befragte ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 5.5).

ABBILDUNG 11 **Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Glauben Sie, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den folgenden Bereichen in angemessener Zahl vertreten sind?“
 Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

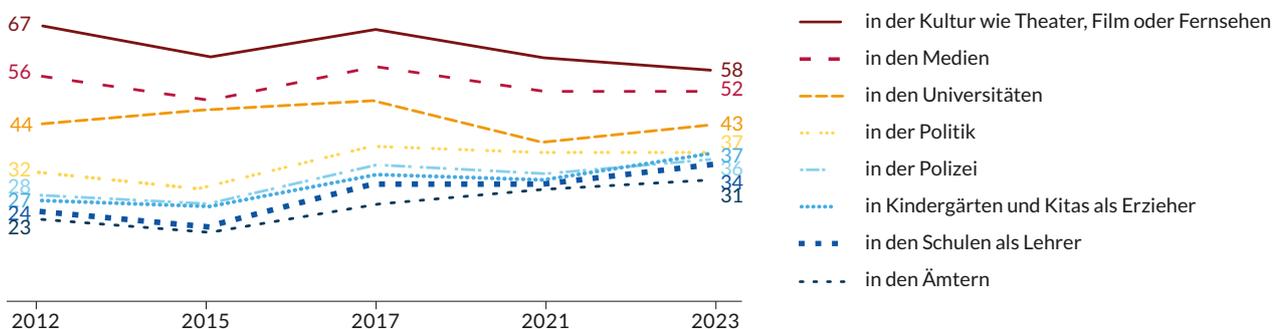
BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Bei der wahrgenommenen Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hat sich seit der letzten Befragung 2021 mit Blick auf die Gesamtheit der Befragten wenig verändert. Die ausgeprägteste, aber mit einem Unterschied von fünf Prozentpunkten noch immer moderate Veränderung zeigt sich im Bereich „Kindergärten und Kitas“: Dass Personen mit

Zuwanderungsgeschichte hier als Erzieher:innen in angemessener Zahl vertreten seien, meinen 2023 37 % der Befragten im Vergleich zu 32 % im Jahr 2021. Alle anderen Veränderungen fallen noch geringer aus (vgl. Abbildung 12). Jedoch weisen die Einschätzungen der Befragten mit Migrationshintergrund im Zeitvergleich eine gewisse Dynamik auf. Sie sehen im Befragungsjahr 2023 im Vergleich zu 2021 in allen Bereichen häufiger eine angemessene Repräsentanz von Personen mit Zuwanderungsgeschichte (vgl. Kapitel 5.5).

ABBILDUNG 12 Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: Trend 2012–2023



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Glauben Sie, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den folgenden Bereichen in angemessener Zahl vertreten sind?“
Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

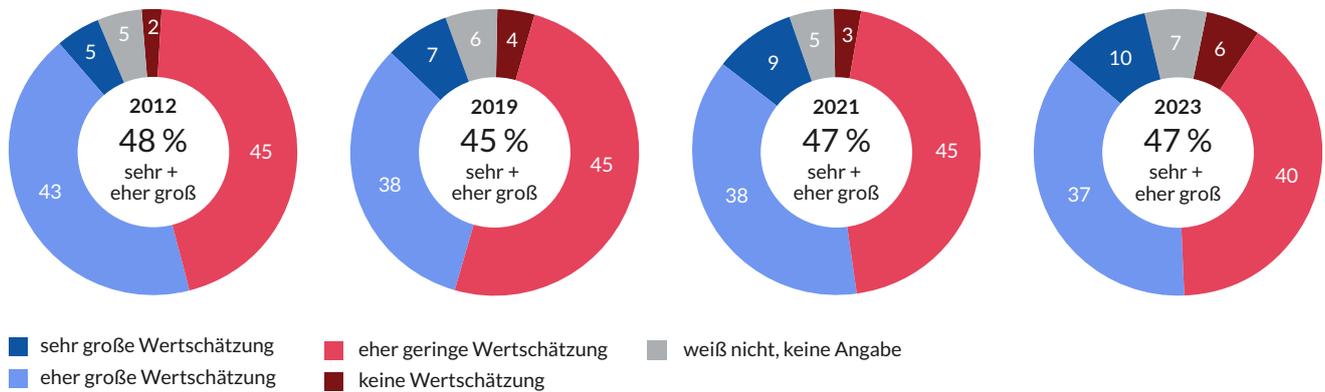
4.4 | Die Wahrnehmung der Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten verharret unverändert auf einem mittleren Niveau

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Im Befragungsjahr 2023 meint knapp jede:r zweite Befragte (47 %), die Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, sei sehr groß oder eher groß. Dies gilt auch für die Befragten mit Migrationshintergrund (46 %). Kritischer blicken die jüngeren Befragten auf das Thema: Sie nehmen deutlich seltener eine sehr große oder eher große Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten wahr. Je älter die Befragten, desto eher teilen sie den Eindruck, es herrsche eine große oder sehr große Anerkennung und Wertschätzung (vgl. Kapitel 5.2 und Abbildung 18).

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Im Zeitverlauf hat sich an der Wahrnehmung, wie die Leistungen von Zugewanderten in Deutschland anerkannt und wertgeschätzt werden, kaum etwas verändert. Mit 48 % war 2012 der Anteil der Befragten, die eine große oder sehr große Anerkennung und Wertschätzung wahrnahmen, fast identisch mit demjenigen von 2023 (47 %). Allerdings zeigte sich damals noch keine große Abweichung bei den jüngeren Befragten bis 29 Jahre: Damals teilten 45 % von ihnen die Wahrnehmung einer sehr großen oder eher großen Anerkennung und Wertschätzung. Die Entwicklung einer vermehrt kritischen Perspektive der Jüngeren könnte mit einer zunehmenden Politisierung von Rassismus in den letzten Jahren zusammenhängen (vgl. Kapitel 5.2).

ABBILDUNG 13 **Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten: Vergleich 2012–2023**

Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wie werden die Leistungen von Zuwanderern, die hier schon lange leben und arbeiten, anerkannt und wertgeschätzt? Gibt es da Ihrer Ansicht nach eine ...?“
 Basis: 2.005 Befragte (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

5 | Welche Faktoren beeinflussen die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung?

5.1 | Faktor Region: Ostdeutsche sind skeptischer gegenüber Zuwanderung, aber auch in Westdeutschland sind die Vorbehalte gewachsen

Wohnen, Schulen und Sozialstaat: Menschen in West und Ost sorgen sich um mögliche Folgen von Zuwanderung

Wie in den vergangenen Befragungsjahren zeigen sich auch 2023 erneut teils deutliche Unterschiede in der Einschätzung der Folgen von Zuwanderung zwischen West- und Ostdeutschen, aber in drei Bereichen ähneln sich die Einschätzungen aktuell: Die Krisenwahrnehmung in Bezug auf Wohnen, Schulen und den Sozialstaat bewegt sich in beiden Teilen des Landes auf einem ähnlich hohen Niveau. Besorgte Einschätzungen in Bezug auf die Lage am Wohnungsmarkt und die Situation in Schulen haben seit der letzten Befragung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland besonders stark zugenommen. Wohnungsnot in den Ballungsräumen als Folge von Zuwanderung sehen 74 % der westdeutschen (2021: 60 %) und 72 % der ostdeutschen Befragten (2021: 56 %). Dass Zuwanderung zu Problemen in den Schulen führe, meinen 71 % der Befragten in Westdeutschland (2021: 57 %) und 72 % derjenigen in Ostdeutschland (2021: 53 %). Bei der Wahrnehmung von zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat als Folge von Zuwanderung ist insbesondere bei den Westdeutschen ein Anstieg zu verzeichnen: von 64 % (2021) auf 77 %. Bei den Ostdeutschen sind es aktuell 82 %, wobei die Werte hier bereits in den letzten Jahren sehr hoch waren (2021: 79 %, vgl. auch Abbildung 14).

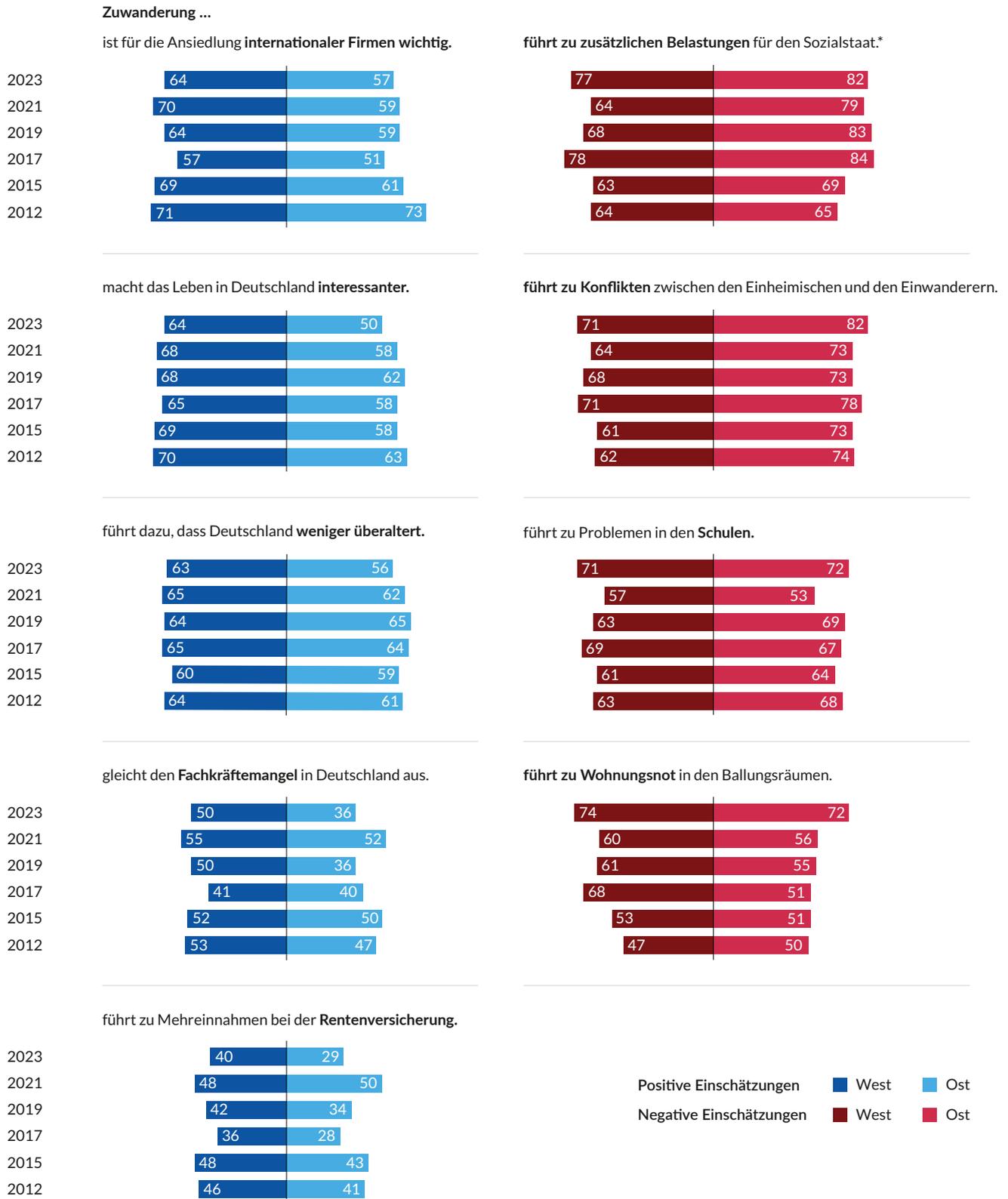
Auffällig ist ein starker Rückgang bei den ostdeutschen Befragten hinsichtlich der Wahrnehmung positiver Folgen von Zuwanderung für die Volkswirtschaft. Einen Ausgleich für den Fachkräftemangel verbindet zurzeit nur noch rund jede:r dritte ostdeutsche Befragte (36 %

mit Zuwanderung (2021: 52 %). Sah 2021 noch jede:r Zweite in Ostdeutschland (50 %) Mehreinnahmen für die Rentenversicherung als Folge von Zuwanderung, sind es aktuell lediglich 29 %. Insbesondere bei diesen beiden wirtschaftsbezogenen Aspekten zeigt sich erneut besonders deutlich die allgemein feststellbare wellenförmige Entwicklung der Wahrnehmungen und Einschätzungen über alle Befragungsjahre hinweg: In Zeiten, die als krisenhaft wahrgenommen werden, verschiebt sich das Gewicht hin zu vermehrt negativen Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung. Dies wird an dem mehr oder weniger ausgeprägten „Knick“ bei den positiven Folgen und dem Ausschlag bei den negativen Folgen in den Befragungsjahren 2017 und 2023 deutlich (vgl. Abbildung 14).

In Ostdeutschland nimmt aktuell nur noch rund jede:r Dritte eine willkommen heißende Haltung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen wahr

Die Befragten in beiden Landesteilen nehmen im Vergleich zur letzten Befragung 2021 gleichbleibend eine willkommen heißende Haltung sowohl seitens der Kommunen als auch seitens der Bevölkerung gegenüber Menschen wahr, die zu Arbeits- oder Bildungszwecken einwandern. Dass diese Personen von den Kommunen sehr oder eher willkommen geheißen werden, meinen 79 % der Befragten in Westdeutschland (2021: 79 %) und 76 % in Ostdeutschland (2021: 77 %). Eine willkommen heißende Haltung der Bevölkerung vor Ort gegenüber Arbeits- und Bildungsmigrant:innen sehen 74 % der westdeutschen Befragten (2021: 72 %) und 65 % der ostdeutschen (2021: 65 %).

ABBILDUNG 14 **Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich West-/Ostdeutschland 2012–2023**

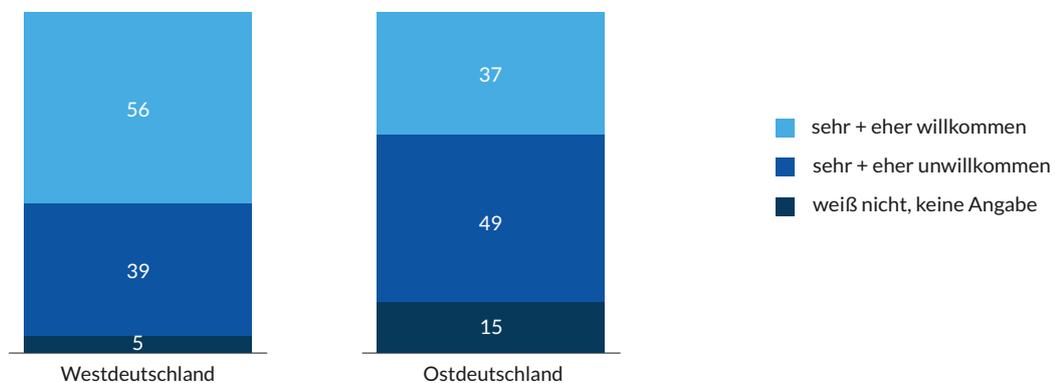


Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht.“ * Wortlaut 2012: „führt zu zusätzlichen Belastungen bei Hartz 4 und ALG I“. Basis: 1.666 Befragte in Westdeutschland, 339 Befragte in Ostdeutschland (2023).

Wie in früheren Befragungen wird eine willkommen heißende Haltung gegenüber geflüchteten Menschen in beiden Landesteilen jeweils seltener wahrgenommen als gegenüber Menschen, die zu Bildungs- oder Arbeitszwecken eingewandert sind. Das gilt vor allem mit Blick auf die Haltung der Bevölkerung. Eine willkommen heißende Haltung bei der Bevölkerung vor Ort gegenüber Flüchtlingen nimmt in Ostdeutschland inzwischen beinahe nur noch jede:r dritte Befragte (37 %) wahr (2021: 42 %). Damit bewegt sich der

Wert auf einem ähnlichen Niveau wie zuletzt 2017 (33 %). In Westdeutschland ist der Anteil derjenigen, die bei der Bevölkerung vor Ort eine willkommen heißende Haltung gegenüber Flüchtlingen wahrnehmen, noch immer deutlich höher, aber er ist seit der letzten Befragung ebenfalls gesunken: von 62 % im Jahr 2021 auf nun 56 %. Im Jahr 2017 waren es hier sogar noch 65 %, die eine willkommen heißende Haltung gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung wahrnehmen – im starken Kontrast zu Ostdeutschland (33 %).

ABBILDUNG 15 **Wie werden Flüchtlinge von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen? Vergleich West-/Ostdeutschland**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen?“
Basis: 1.666 Befragte in Westdeutschland, 339 Befragte in Ostdeutschland (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

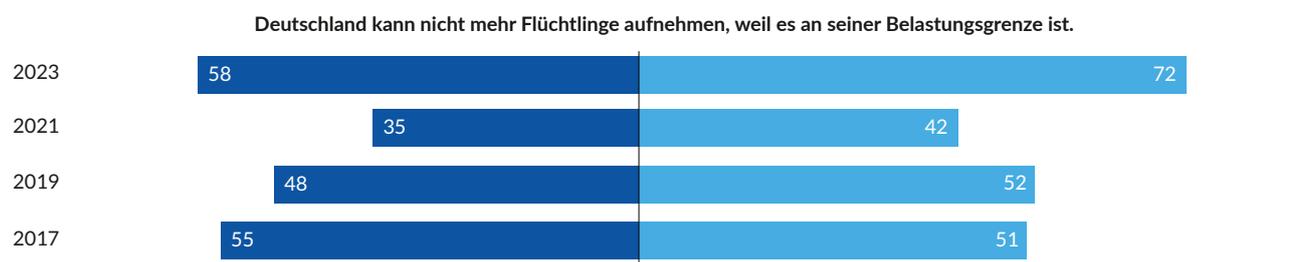
Bei den Kommunen sehen im Vergleich zu 2021 gleichbleibend 69 % der westdeutschen Befragten eine willkommen heißende Haltung gegenüber Flüchtlingen. In Ostdeutschland wiederum nehmen nun weniger Befragte (58 %) als noch 2021 (65 %) eine willkommen heißende Haltung von Kommunen gegenüber geflüchteten Menschen wahr.

Die Wahrnehmung einer Belastungsgrenze ist in West- und Ostdeutschland stark gestiegen

Die Bereitschaft, mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, ist in beiden Landesteilen seit der letzten Befragung deutlich gesunken, und der Anteil der Befragten, die Deutschland an einer Belastungsgrenze sehen, ist stark gestiegen – ganz besonders

in Ostdeutschland und dort auch im Vergleich zur Befragung 2017. Der Aussage „Deutschland kann nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze ist“ stimmen bei der Befragung 2023 72 % der ostdeutschen Befragten zu (2021: 42 %; 2017: 51 %). In Westdeutschland stimmen dieser Aussage mit 58 % der Befragten auch wesentlich mehr Menschen zu als 2021 (35 %), aber in etwa genauso viele wie 2017 (55 %). Dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, meinen aktuell lediglich 37 % der westdeutschen Befragten (2021: 51 %; 2017: 38 %) und 27 % der Befragten in Ostdeutschland (2021: 36 %; 2017: 32 %). Damit liegen diese Werte in West- und Ostdeutschland jeweils wieder auf einem ähnlichen Niveau wie 2017 bzw. insbesondere in Ostdeutschland noch niedriger.

ABBILDUNG 16 **Ablehnung der Aufnahme von mehr Flüchtlingen: Vergleich West-/Ostdeutschland 2017–2023**



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: „Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?“
Basis: 1.666 Befragte in Westdeutschland, 339 Befragte in Ostdeutschland (2023).

■ West ■ Ost

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Der Anteil der Befragten, die Flüchtlinge als „Gäste auf Zeit“ betrachten, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle, bleibt in Ostdeutschland mit 31 % seit der letzten Befragung auf erhöhtem Niveau stabil (2021: 32 %; 2019: 24 %; 2017: 25 %). In Westdeutschland hat sich dieser Wert nach einem Rückgang 2019 (19 %) und 2021 (18 %) nun wieder erhöht: 2023 übertrifft er mit 26 % den Wert von 2017 (23 %).

Flüchtlinge sollen rasch arbeiten können

Eine über die Zeit stabile Einigkeit zwischen West- und Ostdeutschen zeigt sich bei der Auffassung, der Staat solle dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen. Dem stimmt in West- und Ostdeutschland – wie in den vergangenen Befragungsjahren – jeweils eine große Mehrheit (87 % bzw. 84 %) zu.

5.2 | Faktor Alter: Junge Menschen blicken positiver auf Zuwanderung und nehmen häufiger Diskriminierung sowie mangelnde Wertschätzung wahr

Junge Menschen betrachten Zuwanderung optimistischer und sind offener für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen

Die jungen Befragten bis 29 Jahre sehen überdurchschnittlich häufig positive Folgen von Zuwanderung für die Gesellschaft und seltener negative Folgen. Besonders auffällig ist die abweichende Einschätzung in Bezug auf die Situation in Schulen: Dass Zuwanderung hier zu Problemen führe, meint nur knapp die Hälfte der Jüngeren (48 %) im Unterschied zu einer deutlichen Mehrheit (71 %) im Durchschnitt der Befragten. Bei den Schüler:innen schließen sich sogar nur 34 % dieser Sicht an. Demgegenüber sind es in der ältesten Gruppe – Befragte über 60 Jahre – 81 %.

Deutlich ausgeprägter ist bei den jungen Menschen auch die Wahrnehmung, dass Zuwanderung den

Fachkräftemangel ausgleiche. Dem stimmen 64 % der Befragten bis 29 Jahre zu, gegenüber nur 47 % im Durchschnitt. Die geringste Zustimmung findet diese Einschätzung in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (35 %).

Die Jüngeren zeichnen sich auch durch eine größere Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus. Dass Deutschland bezüglich der Aufnahme von geflüchteten Menschen an seiner Belastungsgrenze sei, meinen nur 41 % der Befragten bis 29 Jahre. Bei den über 60-Jährigen sind es hingegen 71 % und im Durchschnitt der Befragten 60 %. Allerdings ist die Wahrnehmung, Deutschland sei an seiner Belastungsgrenze, im Vergleich zur letzten Befragung auch unter den Jüngeren deutlich gestiegen: 2021 hielten dies nur 27 % der Befragten bis 29 Jahre für zutreffend. Doch auch hier zeigt sich die bereits beschriebene

ABBILDUNG 17 **Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Alle Befragten/Befragte bis 29 Jahre**

Zuwanderung ...

ist für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig.



macht das Leben in Deutschland interessanter.



führt dazu, dass Deutschland weniger überaltert.



gleicht den Fachkräftemangel in Deutschland aus.



führt zu Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung.



führt zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat.



führt zu Wohnungsnot in den Ballungsräumen.



führt zu Konflikten zwischen den Einheimischen und den Einwanderern.



führt zu Problemen in den Schulen.



Positive Einschätzungen ■ Alle ■ Bis 29 Jahre
Negative Einschätzungen ■ Alle ■ Bis 29 Jahre

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht.“
Basis: 2.005 Befragte, davon 397 Befragte bis 29 Jahre (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Wellenbewegung: 2017 lag der Zustimmungswert unter den Jüngeren mit 40 % schon einmal fast genauso hoch wie 2023.

Dass Deutschland aus humanitären Gründen mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, findet zudem noch immer fast jede:r zweite junge Befragte bis 29 Jahre: In der aktuellen Befragung stimmen dem 49 % zu (2021: 55 %). Bei den Älteren über 60 Jahre schließt sich 2023 dagegen nur etwa jede:r Vierte (26 %) dieser Auffassung an. Im Durchschnitt der Befragten ist es rund jede:r Dritte (35 %).

Ein deutlicher Unterschied zwischen den Altersgruppen findet sich auch bei der Auffassung, dass Flüchtlinge „Gäste auf Zeit“ seien, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle. Dem stimmt 2023 rund jede:r dritte Befragte über 60 Jahre (34 %) zu, aber nur knapp jede:r fünfte bis 29 Jahre (19 %). Im Durchschnitt der Befragten teilen diese Auffassung 27 %.

Jüngere sehen vermehrt Diskriminierung und mangelnde Wertschätzung

Auch beim Blick auf Integration und ein wertschätzendes Zusammenleben in Vielfalt unterscheidet sich die Wahrnehmung der jungen Generation von derjenigen der älteren. Beinahe zwei Drittel (73 %) der Befragten bis 29 Jahre zählen Diskriminierung aufgrund der Herkunft zu den größten Hindernissen für Integration – gegenüber 55 % im Durchschnitt der Befragten. Im Vergleich der Altersgruppen sind es die 40- bis 49-Jährigen, die am seltensten (42 %) Diskriminierung aufgrund der Herkunft als Integrationshindernis betrachten.

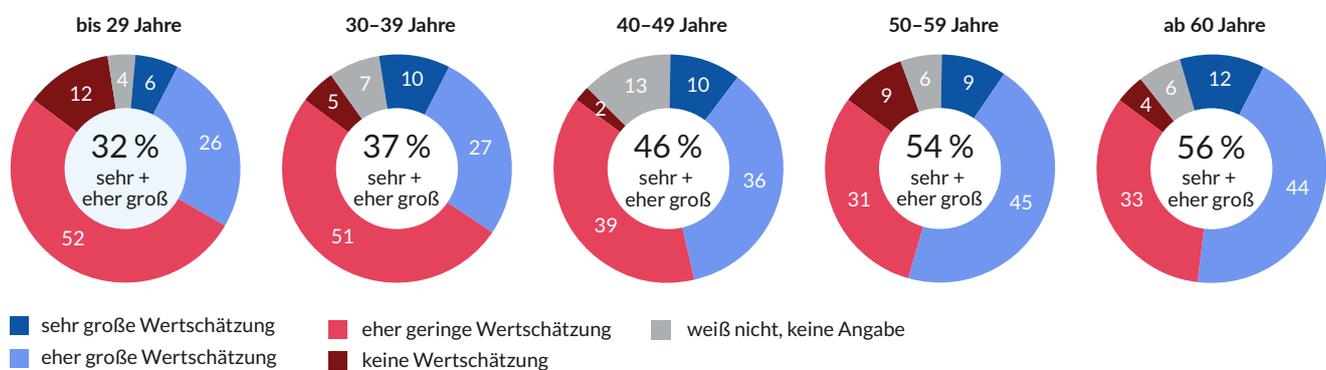
Weiter halten die Jüngeren auch häufiger neue Gesetze gegen die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen für notwendig, ganz besonders bei der Wohnungssuche und am Arbeitsplatz. Neue gesetzliche Regelungen, die Benachteiligung bei der Wohnungssuche verhindern, fordern 71 % der Befragten bis 29 Jahre. Bei den über 60-Jährigen sind es dagegen nur 46 % und im Durchschnitt der Befragten 56 %. In Bezug auf den Arbeitsplatz befürworten 62 % der Jungen neue Geset-

ze gegenüber lediglich 37 % der ältesten Befragten und 47 % im Durchschnitt.

Darüber hinaus herrscht bei den Jüngeren der Eindruck vor, dass die Leistungen von zugewanderten Menschen, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, wenig Wertschätzung erfahren. 64 % der Befragten bis 29 Jahre sehen eine eher geringe oder gar keine Wertschätzung. Bei den über 60-Jährigen teilen nur 38 % diesen Eindruck. Im Durchschnitt der Befragten sind es 46 %.

Die vermehrt kritische Perspektive der Jüngeren könnte mit einer zunehmenden Politisierung von Rassismus in den letzten Jahren zusammenhängen. Die Präsenz des Themas in den medialen Debatten ist seit 2011 angestiegen – mit Höhepunkten 2015 im Kontext der großen Fluchtbewegung und 2020 im Zuge der „Black Lives Matter“-Debatte, die ganz besonders junge Menschen geprägt hat (vgl. Henrichsen et al. 2022: 15; DeZIM 2022: 99; Milman et al. 2021: 8).

ABBILDUNG 18 Wertschätzung der Leistungen von Zugewanderten: Vergleich Altersgruppen



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Wie werden die Leistungen von Zuwanderern, die hier schon lange leben und arbeiten, anerkannt und wertgeschätzt? Gibt es da Ihrer Ansicht nach eine ...?“

Basis: 397 Befragte bis 29 Jahre, 298 Befragte 30-39 Jahre, 282 Befragte 40-49 Jahre, 372 Befragte 50-59 Jahre, 656 Befragte ab 60 Jahre (2023).

Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

5.3 | Faktor Bildung: Höhergebildete nehmen häufiger Vorteile von Zuwanderung wahr und sind eher zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen bereit

Menschen mit höherer Bildung sehen häufiger vorteilhafte Folgen von Zuwanderung

Die aus früheren Befragungen bekannten Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einschätzungen von Zuwanderung je nach Bildungsgrad der Befragten setzen sich auch im Jahr 2023 fort. Die Auffassung, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache, ist unter den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss besonders verbreitet: 74 % stimmen dem zu. Bei denjenigen mit mittlerem Bildungsabschluss teilen diese Ansicht 58 % und bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss 48 %. Auch mögliche Folgen von Zuwanderung für die Volkswirtschaft schätzen Höhergebildete positiver ein. Besonders ausgeprägt ist dabei im Vergleich der Bildungsgruppen die opti-

mistischere Erwartung in Bezug auf die demografische Entwicklung und das System der gesetzlichen Rente in Deutschland. Dass Zuwanderung dazu führe, dass Deutschland weniger überaltert, meinen zwei Drittel (75 %) der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss. Bei den anderen Gruppen sind es lediglich 50 % (mittlerer Bildungsabschluss) bzw. 59 % (Volks-/Hauptschule). Mehreinnahmen für die Rentenversicherung erwartet bei den Höhergebildeten rund jede:r Zweite (51 %), bei den anderen Bildungsgruppen mit 30 % (mittlerer Bildungsabschluss) bzw. 32 % (Volks-/Hauptschule) nur knapp jede:r Dritte. Zugleich erwarten zwei Drittel (75 %) der Höhergebildeten aber auch zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat. Bei den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss sind es 76 % und bei denjenigen mit Volks-/Hauptschulabschluss 83 %.

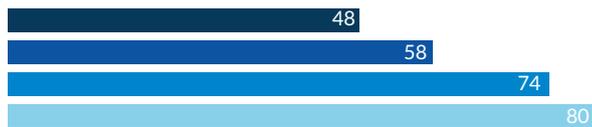
ABBILDUNG 19 Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Bildungsgruppen

Zuwanderung ...

ist für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig.



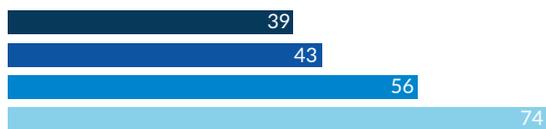
macht das Leben in Deutschland interessanter.



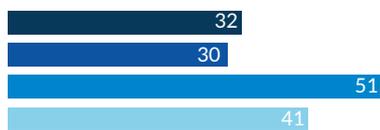
führt dazu, dass Deutschland weniger überaltert.



gleicht den Fachkräftemangel in Deutschland aus.



führt zu Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung.



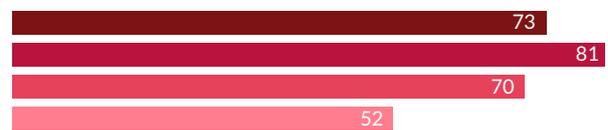
führt zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat.



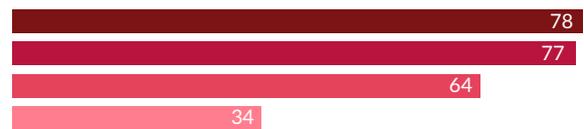
führt zu Wohnungsnot in den Ballungsräumen.



führt zu Konflikten zwischen den Einheimischen und den Einwanderern.



führt zu Problemen in den Schulen.



Positive Einschätzungen

- Volks-/Hauptschule
- Mittlere Bildung
- Abitur/Universität
- Schüler:innen

Negative Einschätzungen

- Volks-/Hauptschule
- Mittlere Bildung
- Abitur/Universität
- Schüler:innen

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht.“ Basis: 653 Befragte mit Volks-/Hauptschulabschluss, 596 Befragte mit mittlerem Bildungsabschluss, 664 Befragte mit Abitur/Universitätsabschluss, 92 Schüler:innen (2023).

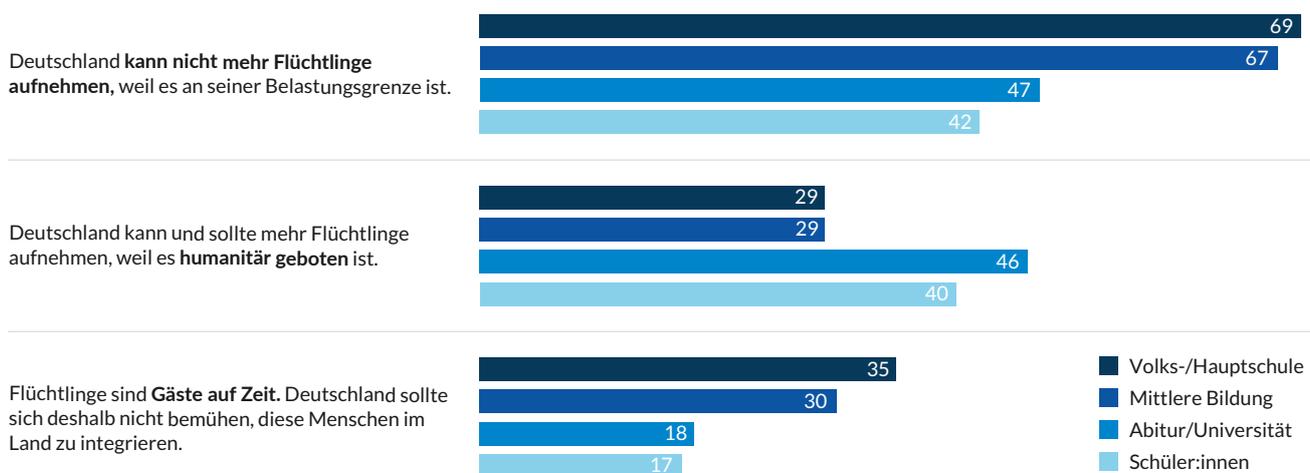
Quelle: Verian

| BertelsmannStiftung

Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen ist bei Höhergebildeten stärker ausgeprägt

Bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen zeigen sich ausgeprägte Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, finden 46 % der Höhergebildeten gegenüber jeweils 29 % bei den beiden anderen Bildungsgruppen. Dass Deutschland nicht mehr Geflüchtete aufnehmen könne, weil es an seiner Belastungsgrenze sei, meinen 69 % der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss und 67 % derjeni-

gen mit einem mittleren Bildungsabschluss. Bei den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss sind es dagegen nur 47 %. Zudem teilen Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss seltener die Auffassung, Flüchtlinge seien „Gäste auf Zeit“, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle. 18 % der höhergebildeten Befragten stimmen dem zu, gegenüber 30 % derjenigen mit mittlerer Bildung und 35 % der Personen mit Volks-/Hauptschulabschluss.

ABBILDUNG 20 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Flüchtlingen: Vergleich Bildungsgruppen**

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?“
Basis: 653 Befragte mit Volks-/Hauptschulabschluss, 596 Befragte mit mittlerem Bildungsabschluss, 664 Befragte mit Abitur/Universitätsabschluss, 92 Schüler:innen (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

Höhergebildete nehmen eher Diskriminierung wahr und sehen seltener Wertschätzung

Im Vergleich der Bildungsgruppen zählen Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss Diskriminierung aufgrund der Herkunft häufiger zu den größten Hindernissen für Integration. Mit 63 % liegt ihr Zustimmungswert deutlich höher als bei den Gruppen mit mittlerem Bildungsabschluss (52 %) oder Volks-/Hauptschulab-

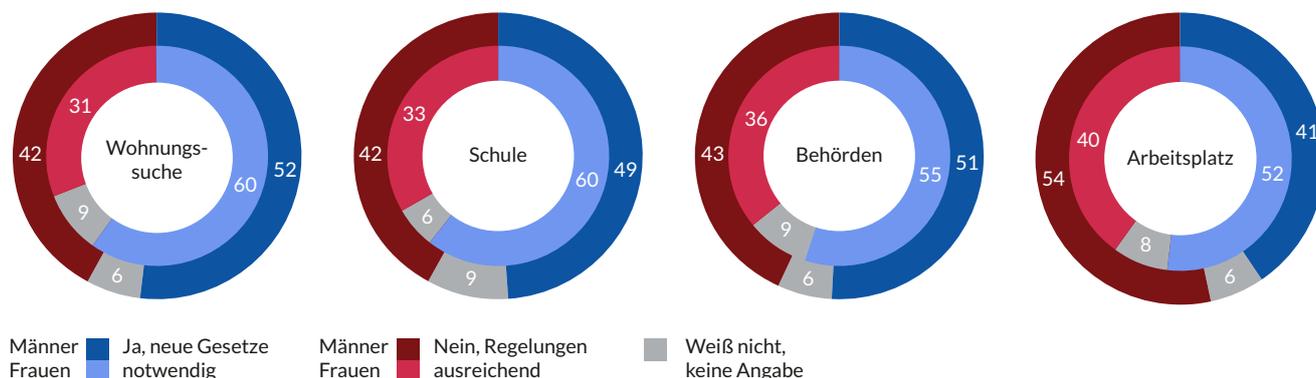
schluss (46 %). Außerdem sieht bei den Personen mit höherer Bildung eine Mehrheit (55 %) nur eine geringe oder gar keine Wertschätzung für die Leistungen von Zugewanderten, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten. In den anderen Bildungsgruppen teilen diese kritische Sicht dagegen nur 42 % (mittlerer Bildungsabschluss) bzw. 39 % (Volks-/Hauptschulabschluss).

5.4 | Faktor Geschlecht: Frauen sehen häufiger Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Benachteiligung

Frauen und Männer teilen ähnliche Einschätzungen hinsichtlich der möglichen Folgen von Zuwanderung. Ebenso gibt es keine auffälligen Unterschiede bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen oder dem bevorzugten Umgang mit ihnen. Der einzige Bereich, in dem sich die Einstellungen der Geschlechter teils auffällig unterscheiden, betrifft die Notwendigkeit neuer Gesetze gegen die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen. Hier liegen die Zustimmungswerte bei den weiblichen Befragten durchgängig höher als bei den männlichen, besonders in den Bereichen „Schule“ und „Arbeitsplatz“ (vgl. Abbildung 21). Frauen neh-

men zudem mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt (62 %) und Diskriminierung aufgrund der Herkunft (59 %) häufiger als Integrationshindernisse wahr als Männer (54 % bzw. 50 %). Sie zeigen sich also insgesamt wachsam gegenüber Benachteiligung oder sind stärker geneigt, handfeste Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

ABBILDUNG 21 **Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich Männer/Frauen**



Dargestellt: Angaben in Prozent. Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten.“
 Basis: 983 Männer, 1.022 Frauen (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

5.5 | Faktor Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund nehmen öfter wirtschaftliche Vorteile von Zuwanderung wahr und sehen häufiger ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Die Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung sind bei den Befragten mit und ohne Migrationshintergrund größtenteils relativ ähnlich, wobei sie bei Personen mit Migrationshintergrund tendenziell etwas positiver ausfallen. Der deutlichste Unterschied zeigt sich bei der Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen Folgen von Zuwanderung. Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger der Ansicht, Zuwanderung bringe einen Ausgleich für den Fachkräftemangel und Mehreinnahmen für die Rentenversicherung. Dem stimmen 57 % (Ausgleich Fachkräftemangel) bzw. 48 % (Mehreinnahmen Rentenversicherung) der Befragten mit Migrationshintergrund zu, während sich von den Befragten ohne Migrationshintergrund nur 46 % bzw. 36 % zustimmend äußern. Die Einschätzung, dass Zuwanderung zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat oder zu Wohnungsnot in Ballungsräumen führe, teilt mit 72 % bzw. 64 % jeweils eine Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund, aber sie äußern sich hierzu seltener zustimmend als Befragte ohne Migrationshintergrund (Belastungen Sozialstaat 79 %; Wohnungsnot: 76 %).

Hinsichtlich der Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge zeigen sich die Befragten mit Migrationshin-

tergrund etwas offener als die Befragten ohne Migrationshintergrund, doch die Unterschiede sind nicht allzu stark ausgeprägt. 39 % meinen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei (ohne Migrationshintergrund: 35 %). Dass Deutschland nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen könne, weil es an seiner Belastungsgrenze sei, finden 54 % (ohne Migrationshintergrund: 61 %).

Mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wird häufiger als Integrationshindernis genannt

Zu den größten Hindernissen für die Integration von zugewanderten Menschen zählen auch die Befragten mit Migrationshintergrund an erster Stelle mangelnde Sprachkenntnisse. Mit 79 % Zustimmung ist ihr Anteil beinahe so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (82 %). Eine deutlichere Differenz zeigt sich bei der Betrachtung von mangelnder Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt: 65 % der Befragten mit Migrationshintergrund sehen darin ein Integrationshindernis; bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sind es 56 %. Bei den restlichen

ABBILDUNG 22 Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Befragte mit/ohne Migrationshintergrund

Zuwanderung ...

ist für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig.



macht das Leben in Deutschland interessanter.



führt dazu, dass Deutschland weniger überaltert.



gleicht den Fachkräftemangel in Deutschland aus.



führt zu Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung.



führt zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat.



führt zu Wohnungsnot in den Ballungsräumen.



führt zu Konflikten zwischen den Einheimischen und den Einwanderern.



führt zu Problemen in den Schulen.



Positive Einschätzungen

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

Negative Einschätzungen

■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: „Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht.“
Basis: 323 Befragte mit Migrationshintergrund, 1.682 Befragte ohne Migrationshintergrund (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 23 Hindernisse bei der Integration: Vergleich Befragte mit/ohne Migrationshintergrund

mangelnde Sprachkenntnisse der Zuwanderer



mangelnde Chancengleichheit
auf dem Arbeitsmarkt für Zuwanderer



Diskriminierung der Zuwanderer
aufgrund der Herkunft



Verbundenheit der Zuwanderer
mit einer ausländischen Herkunftskultur



mangelnde Bildung der Zuwanderer



■ mit Migrationshintergrund ■ ohne Migrationshintergrund

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent; Mehrfachnennungen möglich. Frage: „Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland?“
Basis: 323 Befragte mit Migrationshintergrund, 1.682 Befragte ohne Migrationshintergrund (2023).

Quelle: Verian

BertelsmannStiftung

wahrgenommenen Integrationshindernissen fallen die Unterschiede zwischen den beiden Befragtengruppen jeweils geringer aus (vgl. Abbildung 23). Neue Gesetze gegen die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen erachten Personen mit Migrationshintergrund vor allem bei der Wohnungssuche als notwendig: 63 % sehen hier entsprechenden Handlungsbedarf (ohne Migrationshintergrund: 55 %).

Die Wahrnehmung einer angemessenen Repräsentanz ist gestiegen

Bei der Wahrnehmung der Repräsentanz von Personen mit Zuwanderungsgeschichte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ist im Zeitvergleich eine gewisse Dynamik in den Bewertungen der Befragten mit Migrationshintergrund zu erkennen. Während sich die Einschätzungen der Befragten ohne Migrationshintergrund seit 2021 nicht nennenswert verändert haben, nehmen die Befragten mit Migrationshintergrund 2023 in allen Bereichen häufiger eine angemessene Repräsentanz wahr, als dies 2021 der Fall war. Besonders ausgeprägt ist der Anstieg der wahrgenommenen Repräsentanz im Bereich der Medien (2023: 57 %; 2021: 42 %) sowie in Bezug auf Kitas und Schulen: Dass Personen mit Zuwanderungsgeschichte als Erzieher:innen angemessen vertreten seien, meinen 2023 49 % der Befragten mit Migrationshintergrund (2021: 32 %), und eine angemessene Vertretung als Lehrer:innen nehmen 45 % wahr (2021: 34 %).

Im Vergleich zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sehen 2023 nun die Befragten mit Migrationshintergrund in allen Bereichen, mit Ausnahme der Politik, häufiger eine angemessene Repräsentanz. Diese Steigerung könnte auf einer tatsächlich verbesserten Repräsentanz beruhen. So hat etwa der

Anteil der Lehrer:innen sowie auch der Polizist:innen mit Migrationshintergrund laut Analysen des „Medien dienstes Integration“ im Laufe der Zeit zugenommen (vgl. Mediendienst Integration 2023; 2022). Es ist zudem wahrscheinlich, dass gerade in Bereichen wie Kita und Schule, in denen der Fachkräftemangel erstens sehr akut ist und zweitens interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger werden, zunehmend eine Öffnung und ein Bemühen um mehr Vielfalt stattfinden. Im Übrigen hat sich auch die Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund in der Politik verbessert: Tatsächlich haben die Anzahl und der Anteil dieser Personen im Bundestag und in den Landesparlamenten seit 1990 stark zugenommen. Gleichwohl bleibt noch immer eine Repräsentationslücke (vgl. Wüst/Bergmann 2023).

Die im Vergleich zu den Befragten ohne Migrationshintergrund stärker veränderte Wahrnehmung bei den Befragten mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Repräsentanz lässt sich gegebenenfalls dadurch erklären, dass letztere die Entwicklungen bei der Repräsentanz genauer beobachten und registrieren, da es sie selbst stärker betrifft. Es wäre plausibel, dass sie eine veränderte Situation früher wahrnehmen.

6 | Fazit: Die gegenüber Zuwanderung ambivalente Bevölkerung neigt in Krisenzeiten zu stärkerer Skepsis

Die aktuellen Ergebnisse 2023 zeigen im Vergleich zur letzten Befragung 2021, dass die Offenheit gegenüber Zuwanderung bzw. vor allem die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge zurückgegangen ist. In diesem Befund spiegelt sich die „bedingte Inklusionsbereitschaft“ (Mau/Lux/Westheuser 2023: 126) der Bevölkerung wider. In unseren Befragungen seit 2012 zeigt sich immer wieder eine ambivalente Haltung der Bevölkerung gegenüber Zuwanderung: Es werden sowohl positive als auch negative Folgen erwartet. In Zeiten eines sprunghaften Anstiegs von Zuwanderung, wie in den Zeiträumen zwischen den Umfragen 2015 und 2017 (Fluchtmigration v. a. aus Syrien, Afghanistan, Irak) sowie zwischen den Umfragen 2021 und 2023 (Fluchtmigration aus der Ukraine und steigende Anzahl von Asylanträgen von Personen aus anderen Weltregionen), verlagert sich das Gewicht hin zu Erwartungen negativer Folgen, und auch die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen geht in diesen Zeiten zurück (vgl. Kapitel 3.1 und 3.3). Das heißt, die für Zuwanderung grundsätzlich offene Gesellschaft reagiert auf punktuell stark steigende Fluchtmigration mit Schließungstendenzen. Die ambivalente Grundhaltung neigt sich in Krisenzeiten hin zu einer vermehrten Skepsis.

Ein wichtiger Hintergrund für diese Reaktion dürfte in der Furcht vor einer Entgrenzung und vor einem Kontrollverlust liegen (vgl. Mau/Lux/Westheuser 2023: 137 ff., 260 ff.). Aus diesem Empfinden speisen sich „Forderungen nach Schließung und der Stärkung staatlicher Kontrolle“ (ebd.: 138). Dies wiederum erleichtert die Politisierung des Themas „Migration“ und bietet für rechte Milieus eine besondere Gelegenheit zur Mobilisierung potenzieller Sympathisant:innen und Wähler:innen, indem die Zweifel am staatlichen Steuerungsvermögen des

Migrationsgeschehens mit dem typisch rechten Topos der Angst vor „Überfremdung“ verbunden werden (vgl. ebd.: 128). Nicht zu unterschätzen ist dabei auch die mutmaßlich verstärkende Wirkung eines Teils der Medienberichterstattung, die in der Angst vor einem Kontrollverlust einen Garanten für Aufmerksamkeit erkennt und dieses Motiv daher durch wiederholte Zuspitzung immer wieder „triggert“.

Neben den über die Zeit hinweg beobachtbaren Wellenbewegungen bei der Wahrnehmung möglicher positiver oder negativer Folgen von Migration und bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen zeigt die Betrachtung der Befragungsergebnisse im Zeitraum zwischen 2015 und 2023 auch Kontinuitäten. So befürwortet durchweg eine große Mehrheit (im Mittel rund 87 %), dass der Staat dafür sorgen solle, dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen. Auch die Idee einer gerechten Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU-Staaten findet stets aufs Neue großen Zuspruch (im Mittel 78 %). Konstant niedrig ist die Zustimmung zu der Ansicht, Flüchtlinge seien „Gäste auf Zeit“, um deren Integration Deutschland sich daher nicht bemühen solle (im Mittel rund 22 %) (vgl. Kapitel 3.3). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass es der Mehrheit der Bevölkerung vor allem um eine gute und faire Steuerung der Fluchtmigration geht und weniger darum, dass Flüchtlinge nicht in die Gesellschaft aufgenommen werden sollten. Dafür spricht auch, dass seit 2017 eine relativ konstante Mehrheit von im Mittel rund 57 % die Wahrnehmung teilt, dass geflüchtete Menschen von der Bevölkerung vor Ort sehr oder eher willkommen geheißen würden. Gegenüber Personen, die zu Bildungs- oder Arbeitszwecken nach Deutschland migrieren, wird ohnehin und noch viel deutlicher konstant eine Offenheit wahrgenommen (vgl. Kapitel 3.2).

Mit Blick auf die Integration zeigt sich, dass Sprachkenntnisse kontinuierlich von einer großen Mehrheit als wichtig eingeschätzt werden: Zwischen 2011 und 2023 bewerten im Mittel 88 % der Befragten mangelnde Sprachkenntnisse als Integrationshindernis, wobei die Zustimmung zu dieser Einschätzung über die Jahre hinweg kontinuierlich leicht abnimmt. Zugleich betrachtet in allen Befragungsjahren eine jeweils ähnlich große Mehrheit auch ungleiche Chancen für Zugewanderte auf dem Arbeitsmarkt (im Mittel rund 63 %) sowie Diskriminierung der Zugewanderten aufgrund der Herkunft (im Mittel 58 %) als Integrationshindernisse. Ähnliche Mittelwerte im Zeitverlauf zeigen sich bezüglich der Wahrnehmung der Verbundenheit Zugewanderter mit einer ausländischen Herkunftskultur (rund 55 %) sowie mangelnder Bildung der Zugewanderten (rund 58 %) als Integrationshindernisse. Die Bewertung der beiden zuletzt genannten Aspekte als Integrationshindernisse hat sich jedoch über die Jahre hinweg tendenziell abgeschwächt; dies gilt insbesondere für den Bildungsaspekt (vgl. Kapitel 4.1).

7 | Empfehlungen: Offenheit für Zuwanderung braucht effektive Migrationssteuerung und mehr Investitionen in ein gelingendes Zusammenleben

Die Betrachtung der Befragungsergebnisse über einen längeren Zeitraum von rund zehn Jahren zeigt eine grundsätzliche Offenheit der Bevölkerung für Zuwanderung, die jedoch nicht grenzen- und bedingungslos ist. Das bedeutet, die Politik kann sich durchaus ermutigt fühlen, einen Kurs der Offenheit für Zuwanderung aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen zu fahren. Damit dieser Kurs aber weiter mehrheitlich Akzeptanz in der Bevölkerung findet, muss **Migration effektiver gestaltet werden**. Die Fachkräftemigration aus Drittstaaten bleibt bisher hinter den Erwartungen zurück. Die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes kann dies nur ändern, wenn auch die Migrationsverwaltung gestärkt wird. Zugleich sollte die Fluchtmigration im Rahmen menschenrechtskonformer und rechtsstaatlicher Mittel wirkungsvoller gesteuert werden (siehe zu dieser Diskussion Thym 2023). Mögliche Ansatzpunkte hierfür sind eine verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der Asylpolitik sowie das weitere Bemühen um Kooperationen mit Drittstaaten. Neben den Bemühungen um ein besseres Migrationsmanagement sind auch die **Anstrengungen für eine gelingende Integration** zu intensivieren.

Die Befragungsergebnisse machen deutlich, dass der Aspekt der wirtschaftlichen Nützlichkeit von Migration nicht die einzige, aber doch eine bedeutende Rolle spielt für die Offenheit der Bevölkerung gegenüber Migration. Dies zeigt sich zum Beispiel an der als größer wahrgenommenen Offenheit gegenüber Arbeitsmigrant:innen im Vergleich zu Flüchtlingen, aber auch daran, dass im Zuge stark ansteigender Fluchtzuwanderung ganz besonders die Sorge um zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat steigt. Der Fokus auf die Frage der wirtschaftlichen Nützlichkeit von Migration gewinnt insbesondere in Krisenzeiten mit vielen Konflikten an Bedeutung (vgl. Küpper/Hellmann 2023: 201). Migrationsprozesse bringen nicht nur Ausein-

andersetzungen um Identitäten und Werte mit sich, sondern auch Konflikte um Ressourcen (vgl. Zick/Krott 2021: 21). Die große Zustimmung zu der Aussage, der Staat solle dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge in Deutschland rasch arbeiten dürfen, ist wohl nicht ganz losgelöst von der verbreiteten Befürchtung, dass (Flucht-)Zuwanderung zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat führt. So oder so ist die Politik gut beraten, die **Erwerbschancen von Zugewanderten zu verbessern**. Dies ist nicht nur für den sozialen Frieden im Land förderlich, sondern es nutzt auch und vor allem den zugewanderten Personen selbst, die nur so finanziell unabhängig werden und sich eine Existenz in Deutschland aufbauen können. Daher sind die von der Ampel-Regierung kürzlich beschlossenen Erleichterungen für Flüchtlinge zur Arbeitsaufnahme (vgl. ZEIT ONLINE 2023a) als ein Schritt in die richtige Richtung zu werten. Daneben sind weitere Anstrengungen nötig, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben (vgl. Abbate 2023) und in Deutschland zu halten, wofür eine authentische Willkommenskultur und Maßnahmen gegen Diskriminierung relevante Faktoren sind. Bei allem berechtigten Interesse an den wirtschaftlichen Vorteilen von Zuwanderung darf der humanitäre Aspekt der Fluchtzuwanderung jedoch nicht unter den Tisch fallen (vgl. Brücker 2024).

Die Zustimmung zu der Aussage, Flüchtlinge seien „Gäste auf Zeit“, um deren Integration sich Deutschland nicht bemühen solle, bleibt trotz des Anstiegs auf 27 % auch 2023 weiterhin eine Minderheitenposition. In Ostdeutschland stimmt dieser Aussage jedoch immerhin knapp ein Drittel (31 %) der Befragten zu. Ältere Befragte über 60 Jahre sowie Personen mit Haupt-/Volksschulabschluss oder auch mittlerem Bildungsabschluss stimmen besonders häufig zu, während junge Menschen und Personen mit Abitur/Hochschulabschluss diese Ansicht

seltener teilen. Dies ist erstens ein Hinweis darauf, dass junge Menschen selbstverständlicher mit den Themen „Migration“ und „Vielfalt“ aufwachsen und sie eher als Ältere als einen Bestandteil der deutschen Gesellschaft betrachten. Zweitens machen die Ergebnisse zu den Bildungsgruppen deutlich, dass Bildung ein relevanter Faktor für die Inklusionsbereitschaft und die Akzeptanz der dauerhaften Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft ist. Dies legt nahe, Bildung im Allgemeinen und besonders **politische Bildung und Demokratiebildung zu stärken**. Die im Sommer 2023 von der Ampel-Regierung angekündigte umfangreiche Budgetkürzung bei der Bundeszentrale für politische Bildung (vgl. Vahland 2023) muss vor dem Hintergrund als kontraproduktiv bewertet werden.

Anknüpfend an das Thema „Bildung“ sollten die **Schulen als wichtiger Ort für die Gestaltung des gelingenden Zusammenlebens in Vielfalt** in den Blick genommen werden. Der Anteil der Befragten, die Probleme in den Schulen als Folge von Zuwanderung erwarten, ist stark gestiegen. Zugleich zeigt sich hier ein Kontrast zur Gruppe der jüngsten Befragten, die diese Erwartung viel seltener teilen. Auch dies deutet wieder darauf hin, dass kulturelle Vielfalt in den jüngeren Generationen bereits eine viel größere Selbstverständlichkeit besitzt und weniger schnell mit Konflikten in Verbindung gebracht wird. Trotzdem ist ein Augenmerk auf die Schulen zu legen, wo die sozialen Herausforderungen des Unterrichtens in von Zuwanderung geprägten Klassen zuletzt im Kontext des Hamas-Anschlags auf Israel am 7. Oktober und der darauffolgenden Ereignisse besonders deutlich wurden. Der Unterricht an deutschen Schulen ist noch nicht hinreichend an die Situation einer Einwanderungsgesellschaft angepasst, was beispielhaft an der bisherigen Art der Thematisierung des Nahostkonflikts deutlich wird. Der Unterricht geht häufig an der Lebensrealität vieler Schüler:innen vorbei oder klammert potenziell konflikthafte Themen ganz aus (vgl. El-Mafaalani 2023). Das heißt, die Schulen benötigen **zeitgemäße Unterrichtskonzepte für das gemeinsame Lernen in der Einwanderungsgesellschaft**. Darüber hinaus schnitten Schüler:innen in Deutschland bei der letzten PISA-Studie so schlecht wie nie ab, wobei insbesondere die Ergebnisse zugewanderter Kinder von Expert:innen als alarmierend bezeichnet wurden. Dies wurde einer mangelnden Integrationsfähigkeit der deutschen Schulen zugeschrieben, wo Erfolg noch immer stark von sozialer Schicht und Elternhaus abhän-

ge. Dies wiederum habe sich im Zuge der Schulschließungen bzw. Beeinträchtigungen des Unterrichts im Kontext der Coronapandemie noch stärker ausgewirkt (vgl. Bletzinger 2023). Bildungsforscher:innen mahnen die Notwendigkeit **umfangreicher Investitionen in Integration und Bildung** an (vgl. El-Mafaalani 2023).

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist der Bereich „Wohnen“. Die Sorge um Wohnungsnot in Ballungsräumen als mögliche Folge von Zuwanderung ist besonders stark gestiegen. Der entsprechende Zustimmungswert in der aktuellen Befragung liegt nicht nur weit über dem Wert von 2021, sondern auch deutlich höher als 2017. Besonders prominent geworden ist das Wohnraumthema im letzten Jahr durch die Hilferufe der Kommunen, die inzwischen Not hatten, weitere Flüchtlinge unterzubringen (vgl. ZEIT ONLINE 2023b). Da bezahlbarer Wohnraum seit Jahren knapp ist – die Mieten steigen und zugleich bleibt Eigentum für Durchschnittsverdiener:innen meist unerschwinglich (vgl. Tagesschau.de 2023) –, birgt das Thema „Wohnen“ ein besonderes Potenzial für die Wahrnehmung von Verteilungskämpfen. Die aktuelle Forschung weist darauf hin, dass Migration „[g]erade in der unteren Mittelschicht und der Unterschicht mit großer Emphase als Frage der Verteilungsgerechtigkeit thematisiert“ wird (Mau/Lux/Westheuser 2023: 143). Diese Situation birgt auch die Gefahr für vermehrte Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Diese Sorge oder Erfahrung teilen offenbar viele Menschen mit Migrationshintergrund: In der aktuellen Befragung halten Personen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger neue Gesetze gegen Benachteiligung bei der Wohnungssuche für notwendig als Personen ohne Migrationshintergrund. So wäre eine Politik, die auf die **Schaffung von verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum** hinwirkt, ein direkter Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt. Was einen stärkeren Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt angeht, bietet ein aktuelles Grundlagenpapier der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) konkrete Vorschläge, die diskutiert werden könnten (vgl. Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung 2023: 8).

Anhang

Methodensteckbrief

Die Datenerhebung für die Studie zur Willkommenskultur 2023 hat das Meinungsforschungsinstitut Verian Deutschland (vormals Kantar Public) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Daten beziehen sich – wie auch in den Vorgängerwellen der Jahre 2012, 2015, 2017, 2019 und 2021 – auf die Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland im Alter ab 14 Jahren. Auch dieses Mal wurde die Umfrage telefonisch durchgeführt, basierend auf einer Zufallsstichprobe unter Nutzung generierter Festnetz- und Mobilfunknummern (entsprechend ADM-Stichprobendesign für Telefonstichproben).

Die Umfrage wurde im Zeitraum 18. bis 25. Oktober 2023 durchgeführt. Die Stichprobengröße beträgt $n = 2.005$ Befragte. Unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und mögliche statistische Verzerrungen bei der Alters-, Geschlechts-, Bildungs- und Erwerbsstruktur der Stichprobe wurden mittels mathematischer Gewichtungsverfahren korrigiert.

Die Nutzung von Zufallsstichproben erlaubt die Berechnung des Stichprobenfehlers. Dieser ist abhängig von der Stichprobengröße und beträgt bei einer Stichprobengröße von $n = 2.005$ bei 10 Prozent ± 1 Prozentpunkt bzw. bei 50 Prozent ± 2 Prozentpunkte.

Studiensteckbrief Willkommenskultur 2023

 <p>Befragungsgebiet Bundesrepublik Deutschland</p>	 <p>Grundgesamtheit Deutschsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren</p>	 <p>Stichprobengröße 2.005 Interviews</p>
 <p>Methode Telefonische Interviews Zufallsstichprobe Dual Frame (35 % Mobilfunk / 65 % Festnetz)</p>	 <p>Erhebungszeitraum 18. bis 25. Oktober 2023</p>	 <p>Vergleichsstudien Juli 2011 Oktober 2012 Januar 2015 Januar 2017 April 2019 November 2021</p>

Methodischer Hinweis: Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z. B. „Top-Two-Werte“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

Literatur

Abbate, Paula (2023): Fachkräftemigrationsmonitor 2023. Fachkräfteengpässe von Unternehmen in Deutschland, Trends und Potenziale zum Zuzug ausländischer Fachkräfte. Hg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2012a): Zukunft zählt, nicht Herkunft. Empfehlungen für Integration aus dem „Jungen Forum – Generation Zukunft“. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2012b): Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 17.01.2024).

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2015): Willkommenskultur in Deutschland. Entwicklungen und Herausforderungen. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 17.01.2024).

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2017): Willkommenskultur im Stresstest. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 17.01.2024).

Bitkom (2023): Bitkom Startup Report 2023. Berlin. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Bletzinger, Moritz (2023): Deutschland erlebt neuen Pisa-Schock: Schülerinnen und Schüler so schlecht wie noch nie. In: fr.de. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

Brücker, Herbert (2024): Was bringt der Spurewechsel? Interview. In: Mediendienst Integration. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

Brücker, Herbert/Ette, Andreas/Grabkam, Markus M./Kosyakova, Yuliya/Niehues, Wenke/Rother, Nina/Spieß, C. Katharina/Zinn, Sabine/Bujard, Martin/Décieux, Jean Philippe/ Maddox, Amrei/Schmitz, Sophia/Schwanhäuser, Silvia/Siegert, Manuel/Steinhauer, Hans Walter (2023): Geflüchtete aus der Ukraine: Knapp die Hälfte beabsichtigt längerfristig zu bleiben. In: DIW Wochenbericht Nr. 21/2023, S. 382–393. (Letzter Zugriff: 13.02.2024).

DeZIM (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung) (2022): Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa). Berlin. (Letzter Zugriff: 13.12.2023).

Die Bundesregierung (2024): Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf einen Blick. In: Make it in Germany. Das Portal der Bundesregierung für Fachkräfte aus dem Ausland. (Letzter Zugriff: 11.01.2024).

El-Mafaalani, Aladin (2023): „Die Infrastruktur bröckelt“. Interview. In: taz.de. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

Ette, Andreas/Spieß, C. Katharina/Bujard, Martin/Décieux, Jean/Gambaro, Ludovica/Gutu, Lidia/Milewski, Nadja/ Ruckdeschel, Kerstin/Sauer, Leonore/Schmitz, Sophia (2023): Lebenssituation ukrainischer Geflüch-

teter. Höhere gesellschaftliche Teilhabe nach eineinhalb Jahren in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung aktuell 6/2023, S. 4–16. (Letzter Zugriff: 04.01.2024).

Heckmann, Friedrich (2012): Willkommenskultur – Was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden? eFMS paper 7/2012. (Letzter Zugriff: 08.11.2023).

Henrichsen, Tim/Gilberg, Florian/Blätte, Andreas/Sommer, Moritz/Steinhilper, Elias/Zajak, Sabrina (2022): Die mediale Politisierung von Rassismus in Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Süddeutschen Zeitung und Frankfurter Allgemeinen Zeitung zwischen 2000 und 2020. NaDiRa Working Papers 6: Forschungsergebnisse aus Kurzstudien des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa). Hg. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Berlin. (Letzter Zugriff: 13.12.2023).

Jansen, Anika/Tiedemann, Jurek/Werner, Dirk (2023): Fachkräftesicherung durch Ausbildung. Potenziale von deutschen und ausländischen Jugendlichen in Engpassberufen. Studie 5/2023. Hg. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Kober, Ulrich/Kösemen, Orkan (2019): Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik. Deutschland nach der „Fluchtkrise“. Hg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 17.01.2024).

Kösemen, Orkan/Wieland, Ulrike (2022): Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch. Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung auf Migration und Integration in Deutschland. Hg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

Küpper, Beate/Hellmann, Jens (2023): Willkommen in Deutschland? Einstellungen zur Nachrangigkeit Neuhinzukommender. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen

in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 199–218. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

Liebig, Thomas/Senner, Anne-Sophie (2023): Wer will nach Deutschland? Erkenntnisse aus einer zweiten Befragung von ausländischen Fachkräften. Hg. OECD. Berlin. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.

Maurer, Marcus/Jost, Pablo/Kruschinski, Simon/Haßler, Jörg (2021): Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. Hg. Johannes Gutenberg-Universität Mainz. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Mediendienst Integration (2022): Mehr Polizist*innen mit Migrationshintergrund. Berlin. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Mediendienst Integration (2023): Zahlen und Fakten: Schule. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Milman, Noa/Ajayi, Folashade/della Porta, Donatella/Doerr, Nicole/Kocyba, Piotr/Lavizzari, Anna/ Płucienniczak, Piotr/Reiter, Herbert/Sommer, Moritz/Steinhilper, Elias/Zajak, Sabrina (2021): Black Lives Matter in Europe. Transnational Diffusion, Local Translation and Resonance of Anti-Racist Protest in Germany, Italy, Denmark and Poland. DeZIM Research Notes 6/2021. Hg. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Berlin. (Letzter Zugriff: 13.12.2023).

Schlee, Thorsten/Schammann, Hannes/Münch, Sybille (2023): An den Grenzen? Ausländerbehörden zwischen Anspruch und Alltag. Hg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 08.11.2023).

SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) (2024): Strategie für Verbleib, Rückkehr und zirkuläre Mobilität von ukrainischen Flüchtlingen in der EU nötig. Presseinformation. Berlin. (Letzter Zugriff: 13.02.2024).

Tagesschau.de (2023): Wohnungskauf deutlich teurer als Miete. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Thym, Daniel (2023): Showdown zur Asylpolitik in Brüssel. Es droht kein Ausverkauf der Menschenrechte. In: Verfassungsblog. (Letzter Zugriff: 08.02.2024).

Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung (2023): Vielfalt, Respekt, Antidiskriminierung. Grundlagenpapier zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Hg. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin. (Letzter Zugriff: 09.01.2024).

Vahland, Kia (2023): Ampel will bei politischer Bildung kürzen. In: Süddeutsche.de. (Letzter Zugriff: 09.01.2024).

Wagschal, Uwe/Jäckle, Sebastian (2023): Ausgewählte Ergebnisse der Politikpanel Deutschland Umfrage September/Oktober 2023. Freiburg. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Wieland, Ulrike/Kober, Ulrich (2023): Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft. Wahrnehmungen und Einstellungen in der Bevölkerung. Hg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Wüst, Andreas M./Bergmann, Henning (2023): Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Expertise für den Mediendienst Integration. (Letzter Zugriff: 08.02.2024).

ZEIT ONLINE (2023a): Arbeitsmarkt: Kabinett erleichtert Geflüchteten die Arbeitsaufnahme. (Letzter Zugriff: 08.01.2024).

ZEIT ONLINE (2023b): Städte fordern Hilfe bei Unterbringung von Geflüchteten. (Letzter Zugriff: 09.01.2024).

Zick, Andreas/Krott, Nora Rebekka (2021): Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung 2014 bis 2020. Studienbericht der vierten Erhebung im Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Bielefeld. (Letzter Zugriff: 09.02.2024).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn. (Letzter Zugriff: 11.01.2024).

Zick, Andreas/Sandal-Önal, Elif (2023): Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 219–241. (Letzter Zugriff: 04.01.2024).

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Dr. Ulrike Wieland
Senior Expert
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81398
ulrike.wieland@bertelsmann-stiftung.de
bertelsmann-stiftung.de